

Rheinische Volkszeitung

Telegramm-Adresse:
Volkszeitung Wiesbaden.

Wiesbadener Volksblatt

Fernsprecher: In Wiesbaden Nr. 636,
in Dettlich Nr. 6, in Eltville Nr. 216.

Die „Rheinische Volkszeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, abends 4 Uhr.
Haupt-Expedition in Wiesbaden, Friedrichstr. 30; Zweig-Expeditionen in Dettlich (Otto Giese), Markt-
straße 9 und Eltville (B. Hübner), Ecke Gutenberg- und Dammstraße. Über 200 eigene Agenturen in Rußland.

Freitag

30

Januar

Bezugspreis für das Vierteljahr 1 Mark 35 Pfg., für den Monat 65 Pfg., frei ins Haus; durch die Post für
das Vierteljahr 2 Mark 37 Pfg., monatlich 70 Pfg. mit Bestellgeld. — Anzeigenpreis: 20 Pfg. für die kleine Zeile
für auswärtige Anzeigen 25 Pfg., Restomergel 1 M.; bei Wiederholungen wird entsprechender Nachlaß gewährt.

Verantwortl. Dr. phil. Franz Geueke

Verantwortl. für Politik und Redaktion: Dr. phil. Geueke; für den anderen
redaktionellen Teil: Julius Giesecke; für Geschäftsverhältnisse und Korrespondenz:
H. J. Dohmen (Eltville). Druck: Druckerei des Verlags von
Dermann-Rauch in Wiesbaden.

Regelmäßige Frei-Beilagen:

Wöchentlich einmal: Wöchentliches Wiesbadener Unterhaltungsblatt „Sterne
und Blumen“; wöchentliches „Rheinisches Sonntagsblatt“. Zweimal
jährlich: Sommer- und Winter: Saisonführer Tafelberg- und Rheingebirgsplan. Einmal
jährlich: Jahrbuch mit Kalender.

Nr. 24 — 1914

32. Jahrgang.

Die leere Ministerbank

Im Reichstage und auch in weiten Volkskreisen ist es unangenehm empfunden worden, daß bei der Beratung der Anträge zu den Jaberener Vorgängen die Regierung durch Abwesenheit glänzte. Zur Beschwichtigung hat man gesagt, es entspreche dem Verkommen aus Bismarckscher Zeit, daß die Regierung gegenüber den Initiativanträgen in der Regel Zurückhaltung bewahre und erst die Beschlußfassung des Reichstages abwarte.

In der Tat hatte Fürst Bismarck die zeitweilige Leere der Ministerbank in seine parlamentarische (oder richtiger: antiparlamentarische) Taktik aufgenommen. Die Erinnerung an diesen alten und hohen Ursprung der „Sitte“ ist leider nicht geeignet, der Sache ihren unangenehmen Beigeschmack und ihre verlegende Spitze zu nehmen; denn man kann beim besten Willen nicht behaupten, daß Fürst Bismarck dem Parlament viel Hochachtung und Höflichkeit entgegengebracht habe.

Durch die Presse geht jetzt eine Rede Bismarcks aus dem Jahre 1867, in welcher er sich gegen den Antrag ausdrückt, dem Reichstage denselben Rechtsanspruch auf die Anwesenheit der Minister zu geben, den der preussische Landtag gemäß der Staatsverfassung hat. Der damalige Bundeskanzler führte aus, daß die Regierungen von selbst schon das größte Interesse hätten, ihre Angelegenheiten im Reichstage zu vertreten und also dort zu erscheinen, daß aber andererseits, wenn die Regierungen ein bringendes Bedürfnis hätten, über die betreffende Frage zu schweigen, der Zwang zur Anwesenheit nur störend wirken und keinen Nutzen bringen würde, da man die Vertreter der Regierungen doch höchstens zum Erscheinen, aber nicht zum Reden nötigen könne. Aus diesen Worten Bismarcks wollen einige folgern, daß die regelmäßige Anwesenheit der Minister für sich selbstverständlich erkläre und also die spätere Praxis der Abwesenheit bei Verhandlungen über Initiativ-Anträge damals verurteilt habe. Wer Fürst Bismarck hatte seine Worte vorsichtig gewählt; er sprach von dem Interesse der Regierungen, „ihre“ Angelegenheiten im Parlament zu vertreten, — sagte aber nicht, daß die Regierungen auch für die Interessen der Antragsteller aus dem Hause sich bemühen würden. Man kann also dem Fürsten Bismarck noch keinen Widerspruch mit sich selbst vorwerfen, wenn er die Sitte einführt, bei der Beratung von Initiativanträgen den Reichstag „unter sich zu lassen“.

Einen Rechtsanspruch auf die Beteiligung des Reichstages und seiner Schützen, sowie der Vertreter des Bundesrats hat der Reichstag nicht. Wenn die Ministerbänke eine gähnende Leere zeigen, so verstoßen die Regierungen nicht gegen ein Rechtsgesetz, aber unter Umständen gegen ein Gesetz der Höflichkeit und gegen ein Gesetz der Klugheit.

Wenn die Minister sagen, sie wollten die Volksvertretung ungestört und unbeeinträchtigt lassen, bis sie selbst zu einer regelrechten Beschlußfassung gelangt sei, so räumt man damit den Verdacht der Geringschätzung nicht aus. Sobald es sich nämlich um Initiativanträge handelt, deren Durchführung der Regierung erwünscht erscheint, weiß sie sehr wohl eine Ausnahme von der Regel zu machen; dann sind die Minister und die Geheimen Räte sofort mit Rat und Tat bei der Hand. So sind schon in recht kurzer Frist recht umfangreiche Gesetze, z. B. auch schwierige Steuergesetze, aus Initiativ-Anträgen hervorgegangen, indem man mit vereinten Kräften arbeitete. Wenn aber die Regierung sich zurückhält, so gerät die Sache auf die längere Bank, oft auf eine sehr lange Bank. Erst läßt man den Reichstag wochenlang für sich allein wurseln. Dann erst legt die technische und politische Beratung bei den Regierungen ein, und darauf kann man sich geruame Zeit lassen, wenn das Thema nicht beliebt ist. Schließlich kann man entweder grundsätzlich den Vorstoß ablehnen oder ihn angebrachtermaßen wegen dieses oder jenen Mangels für undurchführbar erklären. Hätten die Minister und ihre Fachleute von vornherein mitgearbeitet, so hätten sich die bedenklichen Einzelheiten alsbald ausgeglichen lassen.

Die Regierung hat das Recht, von Anfang an mitzureden und mitzuarbeiten; das liegt auch im Wunsch des Reichstages. Wenn die Regierung es doch nicht tut, so erhebt sich der unangenehme Verdacht, daß sie für die betreffende Angelegenheit kein Interesse habe und überhaupt die Initiative des Parlaments für Geringschätzung betrachte.

In dem jüngsten Fall lag die Sache so: Am Freitag war die Interpellationsdebatte über die Jaberener Angelegenheit recht ruhig und hoffnungsvoll verlaufen. Am Samstag standen nun die Anträge zur Beratung. Wenn dabei die Regierung vertreten gewesen wäre und im Sinne der Freitagsschritte des Reichstages wohlwollende Prüfung (vielleicht unter sofortiger Anweisung gewisser sozialdemokratischer Maßlosigkeiten) vorgenommen hätte, so wäre damit die erwünschte Beruhigung der Gemüter — im Parlament und im Lande — gewiß gefördert worden. Die Höflichkeit wäre hier zugleich Klugheit gewesen.

Der ablehndende Eindruck wurde noch wesentlich verstärkt durch den Hinblick auf die jüngste Liste der Entscheidungen des Bundesrats auf die Reichstagsbeschlüsse der früheren Tagungen. Eine solche Sammlung von schroffen Nein, die jeder Milderung durch eine artige Form oder durch die Beigabe von erwägungswerten Gründen entbehren, ist ein schlechter Dank für das große Entgegenkommen und die opferwilligen Großtaten des Reichstages vom vorigen Sommer. Wer die Sammlung der gutwilligen Kräfte zu fruchtbarer und fruchtbarer Arbeit erstrebt, kann an solchen Regierungssitten keine Freude finden. Der „Preussische“ denkt vielleicht anders.

Kardinal Kopp und die Gewerkschaften

Dem in Baderborn erscheinenden „Westfälischen Volksblatt“ wird im Anschluß an die Ausführungen desselben Blattes vom 27. ds. Mts. von derselben Seite weiter geschrieben:

„Wie wir bereits erwähnten, sprach Se. Eminenz Herr Kardinal Kopp in einem Briefe an Herrn Bischof Dr. Schulte vom 1. Dezember 1912 sein Bedauern darüber aus, sich „an den Maßnahmen zur Beruhigung der christlichen Gewerkschaften beteiligt zu haben.“ Se. Eminenz war inzwischen zu der Auffassung gekommen, es sei alles unnütz und führe nur zum Nachteil der Kirche. Was hatte Herr Kardinal Kopp zu dieser Sinnesänderung bewogen? Hatte der Herr Kardinal vielleicht die Interpretation, der er vorher zugestimmt, bei deren Redaktion er selber mit tätig gewesen und die er in gedrucktem Zirkular als von ihm selbst vertretene Auffassung an die Hochwürdigsten Mitglieder der Fuldaer Bischofskonferenz verfaßt hatte, nachträglich als unrichtig und dem wahren Sinne der päpstlichen Enzyklika nicht entsprechend erkannt?

Von einer solchen nachträglichen Erkenntnis der Unrichtigkeit jener Interpretation hat Se. Eminenz nichts verlauten lassen. Nach in dem in Klarheit und Wahrheit 1914, Nr. 4 veröffentlichten Schreiben erwähnt Se. Eminenz die Interpretation als eine solche, die „man ... an sich vielleicht auch nicht beanstanden kann.“ Und in derselben Veröffentlichung schreibt er vorher, er habe „mit einigen Änderungen“ die von Bischof Dr. Schulte an Herrn Stegerwald gegebene Erklärung „als nicht gegen die Enzyklika gerichtet anerkennen“ können. Der Herr Kardinal fährt fort: „Da die christlichen Gewerkschaftsführer auf meine Zustimmung alles Gewicht legten, erteilte ich sie.“ Herr Stegerwald hatte Herrn Bischof Dr. Schulte gegenüber den Wunsch ausgesprochen, einen beruhigenden Brief seiner Eminenz an einen schließlichen Abgeordneten aus dem bevorstehenden Essener Kongreß veröffentlicht zu dürfen oder auch ein anderes, ähnlich beruhigendes Schreiben seiner Eminenz. Eine Bitte um Zustimmung zu der Interpretation war in dem von Dr. Schulte an Se. Eminenz gerichteten Briefe, dem die Interpretation beilag, nicht ausgesprochen. Selbstverständlich war es für die Führer der christlichen Gewerkschaften wertvoll, die Zustimmung des Herrn Kardinals zu jener Erklärung später konstatieren zu können. Eine dahingehende Bitte war aber nicht gestellt worden. Jedenfalls hatte man vonseiten der Gewerkschaftsführer den Herrn Kardinal nicht zu einer eiligen Entscheidung gedrängt. Er hat seine Zustimmung aus freien Stücken gegeben.

Aber wie kam es denn, daß er später (am 1. Dezember 1912) jenes Bedauern ausdrückte, sich bei der Beruhigung der christlichen Gewerkschaften beteiligt zu haben?

Am 22. November 1912 hatte der Herr Kardinal dem Herrn Bischof Dr. Schulte seine Wünsche bezüglich der endgültigen Redaktion der Interpretation schriftlich fixiert und an demselben Tage dabel gleichzeitig ihm geschrieben, die Führer könnten diese fünf Erläuterungen am folgenden Dienstag (Tag des Kongresses in Essen) benutzen und sich berufen, daß sie sich mit dieser Erläuterung in Uebereinstimmung mit den Bischöfen wählten. Zwischen diesem 22. November und dem 1. Dezember 1912 — an diesem Tage sprach Kardinal Kopp sein Bedauern über die Mitwirkung bei der Beruhigung der Gewerkschaften aus — hatten sich einige Vorkommnisse ereignet, die Se. Eminenz in diesem Sinne beeinflusst hatten. Das waren einige Äußerungen, die Herr Trimborn am Abend des 22. November in einer Versammlung der Kölner Zentrumspartei getan hatte und die in einem weniger günstigen Sinne vielfach ausgelegt werden konnten, ferner ein Zeitungsartikel, der in verschiedenen Blättern um dieselbe Zeit erschien und in dem man einen Angriff auf das Oberhaupt der Kirche erblickte, sodann besonders auch die Verhandlungen auf dem Essener Gewerkschaftskongreß (26. November) und schließlich eine angebliche Äußerung des Reichskanzlers, die in jenen Tagen gefallen sein sollte.

Wir wissen, daß wir nicht fern stehen, wenn wir diese Momente als diejenigen ansehen, die Herrn Kardinal Kopp bewogen haben, am 1. Dezember 1912 an Herrn Bischof Dr. Schulte zu schreiben, er bedauere, sich an den Maßnahmen zur Beruhigung der christlichen Gewerkschaften beteiligt zu haben — es sei alles unnütz und führe nur zum Nachteil der Kirche. Gleich daran schließt Herr Kardinal Kopp dann die Mitteilung: „Ich werde auch die Interpretation in den fünf Punkten nicht weiter vertreten, da solche nicht allein wirkungslos, sondern verwerfend ist.“ Bei aller Ehrerbietung gegen Seine Eminenz den Herrn Kardinal müssen wir unserer Ueberzeugung dahin Ausdruck geben, daß wir in diesen Worten eine Zurücknahme der Interpretation nicht zu erkennen vermögen. Der Herr Kardinal hatte die Interpretation als die von ihm verantwortl. vertretene ohne irgend einen Hinweis auf den Baderborner Bischof an den Episkopat gesandt, hatte in dem Zirkular eigens darauf hingewiesen, weshalb eine vorherige Beratung der Hochwürdigsten Mitglieder der Fuldaer Konferenz nicht möglich gewesen sei, und hatte seiner Auffassung Ausdruck gegeben: „es dürfte jedoch auf deren Zustimmung und nachträgliche Genehmigung gerechnet werden können.“ Eine Zurücknahme konnte — zumal wenn man den Umstand in Betracht zieht, daß Herr Kardinal Kopp der Vorsitzende der Fuldaer Bischofskonferenz ist und offenbar als solcher die Ermächtigung dazu gegeben hatte, die Interpretation als die der Auffassung des Episkopates entsprechende in Essen zu benutzen — nur durch eine offizielle Erklärung vor dem Episkopat geschehen. Eine gelegentliche Bemerkung des Herrn Kardinals an einen der Hochwürdigsten Bischöfe der Fuldaer Konferenz, er (der Kardinal) werde die Interpretation „nicht weiter vertreten“, kann nicht als eine Zurücknahme gelten. Der Bischof von Baderborn hatte allen Grund und mußte sogar, wenn er richtig handeln wollte, warten, ob der Herr Kardinal sein Zirkular wirklich zurücknehme. Das aber ist selbst bis heute nicht geschehen.

Ganz im Gegenteil. Herr Kardinal Kopp hat noch nach dem 1. Dezember, nämlich genau acht Tage später, in einem amtlichen Zirkular an den Episkopat über die in Frage stehende Interpretation eine Klärung getan, die alles andere, nur keine Zurücknahme jener Interpretation enthält.

Vor uns liegt ein gedrucktes Zirkular, das vom 9. Dezember 1912 datiert ist. Es ist von Herrn Kardinal Kopp an die Hochwürdigsten der Fuldaer Bischofskonferenz gerichtet. Der Anfang lautet:

„Ich beehre mich, den Hochwürdigsten Herren Konferenzmitgliedern folgende Mitteilungen zu machen:

1. Auf das Verlangen der transmissa der Herzogin von

Lichtmessfest nebst dem Blasiusfesten auf den Sonntag, auf den das Fest verlegt wird, erfolgte die Antwort, daß die S. Congr. Mit. ...

Aus diesem Briefe schon ergibt sich, daß wir es hier mit einer amtlichen Veröffentlichung des Vorsitzenden der Fuldaer Bischofskonferenz zu tun haben.

Punkt 2 und 3 betreffen Dinge, die an dieser Stelle nicht von Belang sind.

Dann heißt es aber weiter an vierter und sechster Stelle: „1. Einem Antrage des Diözesanrates des Verbandes der katholischen Arbeitervereine der Erzdiözese Köln, die Redaktion des „Arbeiter“ in Berlin zu veranlassen, die dem Essener Kongreß erteilte Erklärung über die Enzyklika vom 24. September d. J. seinen Lesern mitzuteilen und die Verächtlichung der Hochwürdigkeit der anderen Organisation zu unterlassen, kann ich so lange nicht entsprechen, als die Angriffe von beiden Seiten fortbauern, wie es leider noch immer der Fall ist.“

So konnte Eminenz Kopp am 9. Dezember unmöglich schreiben, wenn seine gelegentliche Äußerung vom 1. Dezember im Briefe an Bischof Dr. Schulte für den Gesamtepiskopat gelten sollte.

In dieser Äußerung des Herrn Kardinals Kopp vom 9. Dezember 1912 an die Mitglieder der Fuldaer Bischofskonferenz wird wiederum des Bischofs Schulte von Baderborn in seiner Weise Erwähnung getan. Se. Eminenz teilt dem Episkopat mit, er könne dem Antrage des Kölner Diözesanrates, die Veröffentlichung jener Interpretation im Berliner „Arbeiter“ zu veranlassen, so lange nicht entsprechen, als die Angriffe auf beiden Seiten fortbauern. Daraus, daß Se. Eminenz die Interpretation selbst nicht weiter vertrete, ist in diesem amtlich an den Episkopat gerichteten Schreiben keine Rede. Im Gegenteil, man wird allgemein zwischen den Zeilen lesen, Se. Eminenz sei, wenn jene Angriffe auf beiden Seiten aufhörten, eventuell bereit, die Veröffentlichung der Interpretation im Berliner „Arbeiter“ zu veranlassen.

Dieses Zirkular vom 9. Dezember 1912 ist die letzte amtliche Klärung des Herrn Kardinals an die Hochwürdigsten Mitglieder der Fuldaer Bischofskonferenz in Sachen der Interpretation.

Aus diesem Rundschreiben vom 9. Dezember 1912 geht hervor, daß sich Herr Kardinal Kopp damals noch vor dem Episkopat für die Interpretation verantwortl. wußte. Und nachher ist an den Episkopat als solchen keine Äußerung des Herrn Kardinals zu dieser Sache mehr erfolgt.

Somit nach Empfang dieses Zirkulars schrieb Bischof Dr. Schulte an Eminenz Kopp, er bedauere, bezüglich dieses vierten Punktes einen abweichenden Standpunkt einnehmen zu müssen. Wenn die Interpretation nicht dem „Ethy Berlin“ zugefandt werde, so bedauerte er allen Ernstes, es könne in Folge davon bei Laien und Geistlichen der Argwohn entstehen, daß der Episkopat entweder mit der Erklärung die Enzyklika falsch interpretiert habe oder aber unter sich nicht einig sei.

Se. Eminenz erwiderte dem Bischof Dr. Schulte, die Zustimmung der Interpretation sei nicht notwendig, da sie in allen Zeitungen gestanden habe.

Auch darin lag nichts weniger als ein Anzeichen dafür, daß Eminenz Kopp die Interpretation als unrichtig erkannt habe und innerlich nicht mehr zustimme.

Durch diese nach dem 1. Dezember eingetretenen Tatsachen wird es begreiflich, daß Bischof Dr. Schulte jene gelegentliche Bemerkung des Herrn Kardinals vom 1. Dezember, er werde die Interpretation „nicht weiter vertreten“, nicht als Zurücknahme der Zustimmung auffassen konnte. Er mußte annehmen, daß der Herr Kardinal zögerte, sie vor dem Episkopat zurückzunehmen bzw. sie vor dem Episkopat nicht zurückzunehmen wollte.

Aus Berlin wird uns drachlich gemeldet: „Die Nachricht der „Westfälischen Zeitung“, daß Kardinal Kopp kürzlich in Berlin Mitglieder der Zentrumspartei nicht empfangen habe, ist unwahr. Mitglieder des Zentrums sind bei dem Herrn Kardinal überhaupt nicht angemeldet gewesen. Ebenso unwahr ist die Nachricht von dem Vorschlage der Ernennung eines Koadjutors mit dem Rechte der Nachfolge. Bei Gelegenheit der Unterredung des Herrn Kardinals Kopp mit dem Kultusminister oder sonstwo war hiervon mit keinem Worte die Rede.“

Deutsches Reich

Das Schlußkapitel von Zabern

Ueberraschend kommt die Meldung von der Gesamtheit der Reichslande, daß die Regierung nicht, obwohl man sie eigentlich für einen späteren Zeitpunkt erwartet hatte. Die Entscheidung des Kaisers steht allerdings noch aus, aber es ist wohl kaum daran zu zweifeln, daß die Kaiserliche Entscheidung den Reichslanden, wie auch den alten Statthaltern angenommen werden. Ein Verweilen in der reichsständischen Zivil- und Militärverwaltung mußte nach all den unerquicklichen Vorgängen der letzten Zeit den Abschied der Jaberener Ereignisse bilden, und es gereicht der reichsständischen Regierung zur Ehre, daß sie die Bahn freimacht für eine gute und nachhaltige Gestaltung der Zustände in den Reichslanden. Dem Bundesrat des Kaisers, daß die in Zabern gefallene Wunde in Ruhe ausheilen soll, kommt die Straßburger Regierung durch ihren Rücktritt am besten nach, denn sie kann sich den von der Reichsregierung in der Jaberener Angelegenheit vertretenen Standpunkt nicht zu eigen machen, sobald allezeit in dieser Sache eine Spannung zwischen der reichsständischen Regierung einerseits und der reichsständischen Militärverwaltung und der Reichsregierung andererseits bestehen bleiben würde.

Die Straßburger Regierung hat in der Verwaltung der Reichslande nicht immer eine glückliche Hand gehabt — man braucht nur an ihren Versuch aus dem letzten Jahre zu erinnern, für Maß-Verordnungen Ausnahme-gesetze im Bereich und Preisen zu schaffen — und man kann nach den Verhandlungen vor den Straßburger Kriegsgerichten auch nicht mehr umhin, der reichsständischen Zivilverwaltung wegen ihrer Haltung zu den Jaberener Vorgängen wohlgegründete Vorwürfe zu machen; immerhin dürfte der Rücktritt des Statthalters und des Gesamtministeriums bei der reichsständischen Bevölkerung unwillig aufgenommen werden, wenn nicht gleichzeitig auch in der reichsständischen Militärverwaltung gewisse Änderungen vorgenommen würden, die einen gewissen Ausgleich darstellen würden. Die reichsständische Bevölkerung ist seit Jahren vielleicht zum erstenmal mit ihrer Regierung einig und würde es darum verständlicherweise als eine Vertiefung ihres Regiments empfinden, wenn nach den Straßburger Freisprüche, die dem Militär Sieg auf der ganzen Linie brachten, nun auch die Regierung über die Dinge springen möchte. Daß dieselbe über

haupte geht, damit wird sich die reichsländische Bevölkerung wohl bald abgefunden haben, wenn die Stunde des Rücktritts für die Bewahrung eines guten Andenkens in den Reichsländern auch gut gewahrt ist; aber ruhige Verhältnisse werden doch erst dann wieder eintreten, wenn die Zäherer Wunde wird sich nur dann bald schließen, wenn auch die eine oder andere militärische Kosten nicht besetzt wird. Am wenigsten gern sehen die Elsas-Vorbringer wohl ihren Statthalter, Grafen von Wedel, aus seinem Amte scheiden, da er es wie seiner Vorgänger verstanden hat, sich das Vertrauen der Bevölkerung zu erwerben und er auch offenkundig von dem Gedanken befeuert war, durch persönliche Bemühung und verständnisvolles Entgegenkommen die Reichsländer immer fester und inniger mit dem Reich zu verbinden. Doch der Rücktritt des Statthalters war schon längst beschlossene Sache, da sein hohes Alter ihm die Führung der Regierungsgeschäfte immer mehr erschwerte. Das Scheiden des Staatssekretärs von Wedel und das Unterstaatssekretärs Mandel wird von der Bevölkerung wohl weniger schmerzhaft empfunden werden. In ihnen erblickte man die Träger der schwebenden Politik, über die in Elsas-Vorbringen in den letzten Jahren soviel geredet worden ist. Fraglich erscheint es vornehmlich noch, ob auch die Rücktrittsgesuche der Unterstaatssekretäre der Justiz und der Finanzen, Dr. Petri und Köhler, angenommen werden, einmal, weil diese Minister in der Zäherer Angelegenheit kaum hervorgetreten sind, und dann auch, weil sie ihr Amt im allgemeinen auch zur Zufriedenheit der Elsas-Vorbringer verwaltet haben.

Ueber die Kandidaten für die neue Regierung gehen bereits viele Gerüchte um; man nennt als Kandidaten für den neuen Statthalterposten den Fürsten v. Löw, den Freiherrn v. Schorlemer-Lieser und den kommandierenden General in Karlsruhe, Freiherrn v. Sainningen. Der von diesen oder anderen auch der Auserwählte sein sollte, man darf jedenfalls den Wunsch des Abg. Lehrenbach voll und ganz teilen, daß, wenn die Elässer eine andere Zivilgewalt bekommen, sie eine kräftige, aber verständnisvolle Politik treiben wird, eine bessere als bisher.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Der Statthalter in Elsas-Vorbringen, Graf Wedel, hat sein schon im Dezember abgegebenes Abschiedsgesuch erneuert. Wie wir weiter hören, haben auch der Staatssekretär Freiherr von v. Dulac und der Unterstaatssekretär Dr. Petri, Mandel und Köhler erneut um ihre Entlassung gebeten. Die kaiserliche Entscheidung erfolgt nächsten.

Einschränkung der Wanderlager

Wir sind die Klagen des Mittelstandes über die schädigende Wirkung der Wanderlager. Man versteht darunter Unternehmungen, in denen außerhalb des Wohnorts des Unternehmers ohne Begründung einer gewerblichen Niederlassung und außerhalb des Reichs- und Marktwirtschafts von einer festen Verkaufsstelle aus vorübergehend Waren angeboten werden. Sie sind den Bestimmungen der Gewerbeordnung über den Samstagsverkauf unterstellt. Der Veranstalter eines Wanderlagers bedarf demnach eines Wanderlagersbescheines.

Ueber die Entstehung und den Umfang der Wanderlager fehlen zwar bestimmte Angaben, jedoch ist auf Grund von Einzelerhebungen, wie sie z. B. die Handelskammer Düsseldorf veranstaltet hat, die Tendenz einer Zunahme der Wanderlager nicht zu verkennen. Der Streik der Meinungen dreht sich naturgemäß in erster Linie um den volkswirtschaftlichen Wert der Wanderlager. Wenn das Wanderlager den entfernt liegenden Gegenden mit einer gewissen Bevölkerung Gelegenheit bietet, Bedürfnisse nach Waren, die schwer zu beschaffen sind, zu befriedigen, könnte man von einer volkswirtschaftlich günstigen Wirkung der Wanderlager sprechen. In einer Denkschrift, die der Reichsländer im Jahre 1878 dem Reichstage vorgelegt hat, ist auch von dieser günstigen Wirkung die Rede. In Wirklichkeit haben die Wanderlager aber nicht die unbefruchteten Gegenden, sondern mit Vorliebe die Städte und die Industriegebiete mit dichter Bevölkerung, auf den Wanderlagern ist es demnach nicht darum zu tun, im Interesse der Volkswirtschaft durch beschränkten Verkauf eine günstige Gelegenheit zum billigen Einkauf zu bieten, sondern sie trachten danach, sich ein Geld zu fuchen, das ihnen ein möglichst großes Abgabegeld gewährt. Das aber in den Städten und Industriegebieten ein Bedürfnis nach Wanderlagern bei dem reichlich vorhandenen und auch leistungsfähigen feststehenden Detailhandel vorhanden ist, wird sich kaum beweisen lassen.

Die Quellen, aus denen die Wanderlager in der Hauptstadt ihre Waren beziehen — meist kleine große Magazine, Warenreife von Nähmaschinen, Konsumwaren, Schmuckstücke — lassen auch nicht auf die Qualität der geführten Waren allzu günstige Rückschlüsse zu. Tatsächlich werden die Waren der Wanderlager gar oft zu einem Preis an den Markt gebracht, der der Qualität der Ware keineswegs entspricht. Das Wanderlager, das je seinen Verkaufsart ein paar Tage wieder verläßt, hat kein Interesse daran, durch Darbietung preiswerter Waren die Kundenschaft an sich zu fesseln, wie dies das Bestreben des festen Handels ist. Diese Wirkungen der Wanderlager haben die verschiedensten Forderungen ausfinden des festen Handels entstehen lassen. Zur Begründung der Forderungen hat man eine Menge Material zusammengetragen und den gesetzgebenden Körperschaften überwiesen. Der Verband katholisch-kaufmännischer Vereinigungen hat sich nach dieser Richtung besondere Verdienste erworben. Am weitesten geht die Münchener Handelskammer, die sich für ein gesetzliches Verbot der Wanderlager ausspricht. Den gleichen Standpunkt vertritt der eben genannte Verband katholisch-kaufmännischer Vereine. Andere Interessenten, wie der Deutsche Handelsrat, verlangen eine Erhöhung der Wanderlagerssteuer. Die Wanderlager unterliegen einer Sondersteuer, die in den einzelnen Bundesstaaten verschieden ist. Die Düsseldorf Handelskammer vertritt sich mehr von gewerbepolizeilichen Maßnahmen in Form der Schaffung einer Konzessionspflicht für die Wanderlager.

Der Reichstag hat mehr als einmal, so das letzte Mal 1911, Resolutionen angenommen, die von den verschiedenen Regierungen eine Regelung der gesetzlichen Vorschriften über Wanderlager verlangen. Im November v. J. ist dem Reichstage dieser gewünschte Gesetzesentwurf vorgegangen. Die Begründung des Entwurfes lautet ein vollständiges Verbot nicht rechtfertigen zu können. Von einer Erhöhung der Steuern kann sie sich nicht verheißeln. Sie schlägt daher die Abänderung des § 56 c der Gewerbeordnung in folgender Weise vor: „Die Landesregierungen sind befugt, für ihr Gebiet oder Teile ihres Gebietes zu bestimmen, daß der Betrieb eines Wanderlagers der Erlaubnis der zuständigen Be-

hörde bedarf. Sie können auch bestimmen, daß eine solche Erlaubnis für diejenigen Geschäftsführer erforderlich ist, für welche dieses durch naturliche Bestimmungen festgesetzt wird. Die Erlaubnis darf nur erteilt werden, wenn ein Bedürfnis zur Veranstaltung nicht vorliegt.“ Das bedeutet die Einführung der Konzessionspflicht der Wanderlager.

Es besteht kein Zweifel, daß sich eine solche Mehrheit im Reichstag für diesen Vorstoß findet. Das Zentrum wird geschlossen dafür eintreten. Die Sozialdemokratie erklärt sich schon, nicht dafür zu haben zu sein. Wenn die Konzessionspflicht der Wanderlager Gesetz wird, darf von den Behörden eine mittelstandsfeindliche Anwendung der neuen Vorschriften erwartet werden. Den Organisationen des Mittelstandes wird ein neues Arbeitsfeld nach der Seite der Überwachung der Anwendung der Vorschriften entstehen.

Kleine politische Nachrichten

Dresden, 29. Jan. Die zweite Kammer beschäftigt sich in der Nachmittags-Sitzung, welcher auf der Tribüne der Kronprinz betraute, mit zwei Interpellationen und einem Antrag betr. den Schutz der Arbeitswilligen und Sicherung des Koalitionsrechtes usw. Abg. Kaiser, der die nationalliberale Interpellation begründete, erklärte an, daß vielfach Terrorismus gegen Arbeitswillige ausgeübt wird. Seine Freunde seien jedoch gegen jede Ausnahmeergreifung, gegen die Festlegung des Streikrechtes und gegen das Verbot des Streikpostens. Zur Bekämpfung der zweifellos bestehenden Mißstände genügen die strafrechtlichen Bestimmungen, wenn sie nur in der Praxis richtig angewandt würden. Abg. Feld vertrat in der Begründung der sozialdemokratischen Interpellation die Forderung der absoluten Koalitionsfreiheit. Der Redner kam auch auf die Teilnahme des Königs von Sachsen an der Leipziger Versammlung des Zentralverbandes deutscher Industrieller zu sprechen und behauptete, der König habe sich auch für das Verbot des Streikpostens ausgesprochen. Staatsminister v. Tschammer und Osten leitete die Erwiderung gegen die Behauptung ein, daß der König auf der Leipziger Versammlung scharfmacherische Pläne entwickelt habe.

München, 29. Jan. Der Vorsitzende der Zentrumsfraktion der Kammer, Abgeordneter Dr. Verno, ist zum Generalstaatsanwalt ernannt worden und scheidet damit aus der Kammer aus. Er wird sich einer Neuwahl nicht mehr unterziehen. Abgeordneter Verno machte zuletzt von sich reden, als er in der Kammer seinen und seiner Partei Umfall in der Königsfrage zugunsten der Beendigung der Regentschaft begründete.

Ausland

Krupp in Rußland

Petersburg, 29. Jan. Angesichts der von der französischen Presse lebhaft besprochenen Pariser Gerüchte, daß die Kullowwerke angeblich von der Firma Krupp mit Unterstützung der Deutschen Bank gekauft worden sind, ist die Petersburger Telegramm-Agentur ermächtigt, diese Gerüchte kategorisch zu dementieren. Selbst falls die Absicht aufzutauchen sollte, das Kapital der Kullowwerke zu erhöhen, könnte sicherlich niemals weder direkt noch indirekt von einer Beteiligung des genannten Hauses die Rede sein, das niemals zu einer Beteiligung zugelassen werden könnte.

Die Lage in Mexiko

New York, 29. Jan. Der Vertreter der Associated Press in Washington telegraphiert, daß die Forderung der mexikanischen Aufständischen, ihnen die Erlaubnis zum Ankauf von Waffen in den Vereinigten Staaten zu erteilen, bald könnte bewilligt werden. Fast das ganze Kabinett, viele Mitglieder der Kommission für auswärtige Angelegenheiten im Senat und viele Führer der Kongressparteien seien bereit, die Erlaubnis zu geben. In diesem Falle würde Präsident Wilson das durch die letzte Proklamation verhängte Ausfuhrverbot für Waffen aufheben. Die Ratifizierung der Nichtbezahlung der Schuldenzinsen und die Erklärung der Aufständischen, den Kampf auf die vollständigen Besitz der Mittelmeer auszudehnen zu wollen, seien die Gründe für die neue Entwicklung der amerikanischen Politik. Bevor die amerikanische Regierung das Ausfuhrverbot aufhebe, würde sie sich vergewissern, daß Leben und Eigentum der Ausländer respektiert würden. Die Behörden glauben, daß, wenn man beiden Teilen die gleichen Möglichkeiten gäbe, Waffen einzuführen, die Revolution bald zugunsten der Aufständischen beendet sein würde. Die „Moral“, auf welche sich Präsident Wilson gegenüber der mexikanischen Regierung so oft berufen hat, würde durch die Ausfuhr der Waffen dem vornehmlich angelegten Beschluß zum völligen Zusammenbruch kommen. Es ist, kurz gesagt, ein Verbrechen, notfalls Verbrechen zur Durchfuhr ihrer Pläne an die Hand zu geben. Die Aufständischen haben sich übrigens schon so viel gegen Eigentum und Leben zuzuschulden kommen lassen, daß die Einschränkung auf die Beibehaltung des Schutzes von Eigentum und Leben der Ausländer an sich schon einen Bericht auf die vielberufenen „Moral“ gleichkommt.

Die Revolution auf Haiti

Port-au-Prince, 29. Jan. Hier wird gemeldet, daß die Truppen am Freitag zu erwarten seien. Die Ordnung dürfte dann wieder hergestellt werden. Nachts hörte man unbedeutendes Schießen. Die Deutschen befinden sich unter dem Schutz der ausgeschifften Landungskorps außer Gefahr.

Von der Balkanhalbinsel

Die Wahlen in Bulgarien

Sofia, 29. Jan. Die „Agence Bulgare“ veröffentlicht ein Communiqué, in dem es heißt: Die Eröffnung des Wahllampies gab das Signal zu einem Verleumdungskrieg gegen die Regierung, der besonders in der russischen und türkischen Presse geführt wird. Die Regierung läßt keine Gelegenheit vorbeigehen, um zu erklären, daß die Wahlen bei vollkommener Freiheit unter der strengsten

Befolgung der Landesgesetze vor sich gehen werden. Die unausgesprochene neue ausgeprägten Gerüchte von sogenannten kriegerischen und abenteurerlichen Absichten der Regierung und ihrem unaufrichtigen Kassenhau sind eine demagogische Wahlmacherei ihrer Gegner. In der auswärtigen Diplomatie kann man die wahren Absichten und die wirklichen Stimmungen des Kabinetts nachvollziehen. Innerhalb und außerhalb Bulgariens muß man sehr das angebliche Offensivbündnis zwischen der Türkei und Bulgarien aus. Gewisse Zeitungen geben sogar das Datum des Abchlusses des Bündnisvertrages an, andere geben sich den Auftrieb, den Inhalt des Bündnisvertrages zu kennen. Die Regierung kann sich nicht damit abgeben, politischen Kombinationen aller Art Zement zu entgegenzusetzen. Die Regierung hält sich streng an ihr Programm innerer Erhaltung und an die Unterhaltung würdiger Beziehungen zu den auswärtigen Mächten.

Scharmügel an der griechisch-albanischen Grenze

Athen, 29. Jan. Die Zusammenstöße an der griechisch-albanischen Grenze nehmen sich. Wenn man es zu einem regelrechten Gefecht zwischen einer griechischen Kompanie, welche die Befestigung des Dorfes Kastritsa bildet, und einer albanischen Bande bei Torje Sevran, einige Stunden von Kometi entfernt. Die griechischen Bewohner der Dörfer Kastritsa und Botosa Allen den Truppen zu Hilfe. Genauere Ergebnisse des Kampfes sind noch nicht bekannt. Es verlautet, daß die Albaner in Sevran die Kastritsa Dufcin Bey und einige Frauen töteten, weil sie an ihrer Bewegung nicht teilnehmen wollten.

Aus aller Welt

Das alte Lied

In den „Sozialistischen Monatsheften“ liest der Führer der babilischen Revisionisten, der Abgeordnete Kolb, wieder einmal seinen radikalen Parteigenossen den Text. Er fordert von ihnen völlige Abkehr vom „Vortextualismus“ und konsequente Durchführung einer Reformpolitik. Seine Mahnung schließt er mit folgenden Worten:

„Positive Reformforderungen im einzelnen genügen nicht; die ganze Politik der Sozialdemokratie muß auf eine konsequente, durch falsche Prinzipienklärungen nicht mehr beschwerte Reformpolitik eingestellt werden. Vor allem muß die Partei sich von der politisch geradezu sinnlosen Fessel der prinzipiellen Budgetverweigerung freimachen, denn diese fesselt immer wieder in die Sackgasse der politischen Ohnmacht. Nicht durch hohe prinzipielle Deklamationen wirken wir revolutionär im Sinne unseres Programms, sondern durch die politische Tat und durch den politischen Erfolg. Der Vortextualismus schreit wieder den Militarismus noch die Reaktion, ganz im Gegenteil, er ist ihnen ein sehr willkommenes Bundesgenosse. Erst dann kann der politische Kampf der Sozialdemokratie ihren gefährlichen Charakter, wenn unsere Partei sich aufrichtet, den jetzt herrschenden Parteien das politische Joch aus der Hand zu nehmen. Der Kampf um die Demokratisierung Deutschlands ist vorerst noch ein Kampf gegen den Vortextualismus und die politische Zuträufelung.“

Der „Vortextualismus“ wird nicht sonderlich entzückt davon sein, daß Genosse Kolb die grundsätzliche Budgetverweigerung eine sinnlose Fessel nennt. Aber besonders Eindruck werden diese Redewendungen auf die Radikalen nicht machen. Sie haben ähnliche Mahnungen schon allzu oft gehört, als daß sie dadurch noch beeinflusst werden könnten. Schließlich haben sich die Herren Revisionisten immer wieder unterworfen. Selbst die „Bosliche Zeitung“, die sonst zu den Mauerungsraumern gehört, hält es für zweifelhaft, ob Genosse Kolb diesmal mehr Gehör finden werde, als es bei seinen Freunden Bernstein, Dr. v. Hoffmann und anderen früher der Fall war.

„Kauft Euch Browningpistolen!“

Wie die „Tägl. Rundschau“ mitteilt, hat der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Wendel aus Frankfurt a. M. in Offenbach unlängst einen Abers-Bortrag gehalten, in dem er im Hinblick auf die freischwebenden Straßburger Urteile die Lösung ausgab: „Kauft euch Browningpistolen!“ Im einzelnen sagte er:

„Als am vergangenen Sonntag die Extrablätter verläuteten: Reuter freigesprochen! Schacht freigesprochen! Fortner freigesprochen! da war meine erste Empfindung — ich will das unverhohlen gestehen — der Drang, auf die Straße zu flüchten und den Bürgern zurufen: Bewaffnet euch! Kauft euch Browningpistolen! Geht nicht ohne Revolver auf die Straße! Denn die Anarchie ist proklamiert in Deutschland! Ihr seid das Freiwild einer übermächtigen Soldateska! Ihr könnt mir nichts, ich nichts von dem ersten besten Leutnant auf den Begegnungspfad werden, und kein Sohn trägt danach! Und deshalb, weil euch niemand schützt, schützt euch selbst! Bewaffnet euch! Wir wollen eine breite Front der „Wades“ in ganz Deutschland herstellen, an der sich die Junkerfröhen den Schädel einrennen soll.“

Dieser Tage gaben wir eine Heuerhebung des früheren evangelischen Doktors und jetzigen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Paul Göhre wieder, der nach der „Post“ in einer Versammlung seine Zuhörer aufgefordert haben soll, „in Gottes Namen Bomben“ zu werfen. Diese und die Heuerhebung des Abg. Wendel ist schon mehr als der von dem Abg. Kolb getadelte bloße „Vortextualismus“, es ist die kluge und klare Aufforderung zu Gewalttätigkeiten. Derartige „Entgleisungen“ beleuchten aber wie im Hinblick die bisher immer noch schamhaft verschwiegenen oder gar abgestrittenen geheimsten Absichten der Sozialdemokratie das „Hinsinnmachen in den Zukunftsstaat“ gegebenenfalls auch mit Bomben und Browningpistolen zu fördern. Solche Heuerhebungen sind aber vielleicht noch am besten geeignet, den linksliberalen Freunden der Sozialdemokratie, denen die materielle Seite des Daseins, die empfindlichste ist, die Augen darüber zu öffnen, wohin schließlich die Reise geht.

Die große graphische Winter-Ausstellung der Münchener Sezession

Original-Brief für die „Rheinische Volkszeitung“.

Im deutschen Kunstleben bereiten sich Wandlungen vor, die man aufstake zu einer Reaktion nennen könnte. Nachdem der malerische Rembrandt in einer Weise „Erzieher“ geworden war, die alles Maß übersteigt und dem großen Holländer selbst sehr wenig sympathisch gewesen wäre, nachdem die Farbe in einer Weise Kontur und geordneten Inhalt zurückdrängte, daß auf extremsten Impressionismus und Neoimpressionismus Erscheinungen wie Expressionismus und Kubismus folgten, macht sich in weiten Kreisen ein wahrer Hunger nach dem Linearen, dem Geordneten geltend und zwar in gleicher Weise bei Künstlern wie bei Laien. Damit muß eine erhöhte Wertschätzung der zeichnerischen Hand in Hand gehen. So entschloß sich auch die Münchener Sezession in diesem Winter zu einer ausschließlich „Schwarzweißkünstlerausstellung“, was für München eine völlige Neueröffnung bedeutet, wenigstens in solchem Umfange von gegen 1100 Blättern. Das Hauptfachliche und Kernstück aller Zeichnungen ist der Graphitstift. Er ist das wahre Instrument einer Zeit, die schnell bedienen will, die das Zeichnerische mit dem Malerischen auf eine praktische Art zu vereinigen sich bestrebt und in jedem Zug ein Stück Seele, eine sprechende Empfindung wiedergeben vermag. Uebrigens ist die Ausstellung nicht in einem künstlichen Sinne auf Schwarz und Weiß beschränkt, weder die Radierung noch der Buntstift ist ausgeschlossen; die Pastellmalerei, die Aquarellmalerei, der Buchdruck, die Ornamentmalerei, das Plakat, die Drucktype, alle sind da, in allem lebt die Kunst des Zeichnens, deren Reich unermesslich scheint. Wie verschiedenartig sind die anwendbaren Mittel und Techniken! Abgesehen von den bereits genannten seien hier noch hervorgehoben: Kaltnadel, Schabkunst, Solsschnitt, Zinkätzung und jede photomechanische Art, Steinbrud, alle diese meist schwarz und bunt, nicht zu reden von Feder, Kohle, Kreide, Gouache und freien Verbindungen dieser Techniken. Wie überreich also die Auswahl der Mittel, deren sich der Autor

je nach seinem Temperament und seiner ganzen Veranlagung bedienen kann! Wie völlig sich im Zeichnerischen — viel intensiver als in Malerei und Plastik — künstlerische Individualitäten ausgeben können, gerade das beweist die große Münchener Schwarzweißkünstlerausstellung. In dem zeichnerischen Werk eines Dabermann, Stud, Dertwich, Beder, Gundahl, Hanel, das wir hier genießen, liegt häufig genug viel mehr der „ganze, große Künstler“ darin als in manchem ihrer umfangreichen Gemälde. Noch bemerkenswerter ist die Erscheinung, daß Künstler, die als Maler modernsten und extremsten Richtungen zum Opfer gefallen, in einzelnen Zeichnungen oder auch gänzlich abgelehnt werden müssen, in ihren graphischen Arbeiten durchaus Anerkennungswertes, ja Hervorragendes bieten. Namen wie W. Klein (Weimar), G. Ballet (Genf), R. Kaspar, M. Kaspar-Fischer, W. Püttner, diese drei aus München, wären in solchem Zusammenhang zu nennen. Angesichts der Tatsache, daß eine so fein und so treffend individualisierende Schwarzweißkunst wie die französische, wie insbesondere die Pariser Schule für alle anderen Nationen vorbildlich wurde, ist es nicht nur berechtigt, sondern von erhöhtem Interesse, daß ein Raum der graphischen Ausstellung der Sezession den Franzosen überlassen ist. Ganze Entwicklungsreihen französischer graphischer Kunst werden uns vor Augen geführt: Daumier, Gavarni, Millet, Manet, Corot, Renoir, Kops, Toulouse-Lautrec, Steinlen, Delacroix, Degas, Daubigny, Denis, Cezanne sind vielfach mit recht Charakteristischem, — meist lithographischen Vorzugsdrucken und Radierungen, — vertreten und erweisen sich auffallend oft als Lehrer der zahlreichen deutschen Zeichner, die man in den benachbarten Räumen bewundert. Man merkt das Satirische des Inhalts und damit verbunden ein Brädelndes, Nervöses der Stile und Radeführung bilden dasjenige, was zur Nachahmung reizt. Die alte Schule der Daumier und Gavarni hatte noch etwas vom gutmütigen Bürgertum in ihrem Humor, noch etwas von harmloser Spahmacherei und sonntäglicher Lustigkeit. Doch das verschwand immer mehr, man fasste die Menschen immer unbarbarischer an und zwar jeden ohne Unterschied der Stellung und des Berufes. Der Zeichner wurde ein ganz universaler Philosophier. Auf den Spuren der Japaner versuchte

man die Grazie der Karikatur, den Witz der Linie, das Ornamentale des Farbigen, die Sprache der Bizarrie, das alles in Projektion auf Pariser Sitten; und so wurde jedes zeichnerische Stück ein Kunstwerk, gemischt aus jeder Beobachtung, Verflüssigung und Weltironie. Vertreter Münchener Kunst überlegen solches Französisch ins Deutsche. Die reiche Kollektion meisterhaft gezeichneter Humoresken von Eugen Kirchner gemahlt wohl noch an die kräftige und doch biedere Deiterkeit, die aus den tollsten Einfällen der Dammier und Gavarni lacht. Gulbransen, Eggert, Rehn, Seine aber fahren völlig im Bahrwasser der leichtsten Montmartregelehrtheit neuerer französischer Zeichner wie Billelet, Steinlen, Forain, Caran d'Ache. Seine ist Mitglied ohne Begründung, „Bund des Münchener Buchkünstler“, der in dieser Sezessionsausstellung zum erstenmal in die weitere Öffentlichkeit tritt. Was besonders noch die Prectorius, Chmde, Tschner, Hupp, Renner an Motiven der Buchgestaltung, in Einbänden, Umschlägen, Signetten, Illustrationen, Drucktypen geleistet haben, geht, meist mit großer Phantasie, sonnen, auf grotesklineare Wirkung aus, zeigt hohen Geschmack und steht völlig auf der Höhe dessen, was modernste anspruchsvolle Bibliophilie nur immer verlangen können. — Unmöglich ist es, die ziele 1100 ausgestellten graphischen Arbeiten an dieser Stelle nach Verdienst zu würdigen. Wie gern verweist man sonst bei Peter Halm und Albert Kellis rembrandtisch an nennenden vorzüglichsten Radierungen, bei Rudolf Riemeischnieds und H. Wimmers malerisch ammutenden Kreidezeichnungen, bei A. Bietzsch stimmungsvollen Landschaften und D. Grochers an Frische und Lebendigkeit unübertroffenen Bauerntypen. Und noch drängt sich Name auf Name, selbst wenn wir uns auf solche beschränken wollten, die in ihrem zeichnerischen Wert erstklassige Technik mit ausgeprägter Persönlichkeit verbinden. Ich denke an die Schiele, Kiesel, Werenskiold, Graf, Samberger, Numan, Wasche, Thöny (Graz), Käthe Kollnig, Kolb, Reger (Wien), Eicher, Faure. Möge der bloße Hinweis auf diese anerkannten Meister der zeichnerischen Techniken genügen, um die hohe künstlerische Bedeutung der ersten großen Schwarzweiß-Kunstausstellung der Münchener Sezession gebührend erkennen zu lassen.

Dr. Walter Rothes.

Altersrente und Altersgrenze

Nach dem Einführungsgesetz zur Reichsversicherungsordnung hat der Bundesrat im Laufe des Jahres 1913 die gesetzlichen Vorschriften über die Altersgrenze dem Reichstag zur erneuten Beschlußfassung vorgelegt. Es ist nun angenommen worden, daß bereits in naher Zeit dem Reichstag eine Denkschrift über die Verabfolgung der Altersrente zugehen wird. Diese Annahme wird sich jedoch als unzutreffend erweisen. Die bisherigen Berechnungen der sich aus einer Verabfolgung der Altersrente ergebenden Mehrbelastung beruhen lediglich auf der von den Landesversicherungsanstalten vorgenommenen Auszahlung der Altersklassen vom 65. bis zum 70. Lebensjahr. Hieraus allein läßt sich aber eine Entscheidung nicht herleiten. Denn mit dem Beginn dieses Jahres ist die Hinterbliebenenversicherung neu in Kraft getreten, und für die Festsetzung der Beiträge und Leistungen war man im wesentlichen auf Schätzungen angewiesen, die einer sehr gründlichen Nachprüfung bedürfen. Bevor also eine Verabfolgung der Altersrente vorgenommen werden kann, wird es notwendig, eine Generalbilanz aller Versicherungssträger der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung aufzustellen, um zu prüfen, ob Beiträge und Leistungen in einem richtigen Verhältnis stehen. Da man für diese Generalbilanz naturgemäß die Erfahrungen mit der Hinterbliebenenversicherung für eine möglichst lange Zeit berücksichtigen muß, wird auch die Denkschrift erst so spät zum Abschluß gebracht werden, wie es die Vorschriften des Einführungsgesetzes zur Reichsversicherungsordnung zuläßt. Man geht also wohl nicht fehl in der Annahme, daß die Denkschrift erst im Spätherbst des Jahres 1915 zur Vorlage gelangen wird.

Nährpillen für unser Heer

Berlin, 29. Januar. Im deutschen Heere sind in der letzten Zeit mehrfach mit ausgezeichnetem Erfolge Versuche mit einem neuen Truppennahrungsmittel gemacht worden, das für die Verpflegung des Heeres im Kriege höchst bedeutsam ist. Das Nahrungsmittel stellt den ersten gelungenen Versuch dar, eine „Eisenernährung“ für Heereszwecke auf chemischem Wege herzustellen. Es ist jetzt gelungen, ein Nahrungsmittel in Form von Tabletten herzustellen, durch das es ermöglicht wird, dem Heere ein Mittel zu geben, das in konzentrierter Form die notwendigen Nährstoffe enthält, und das, wie die Versuche ergeben haben, in jeder Weise fähig ist, bei einem im Ernstfall eintretenden Verpflegungsmangel vorübergehend für die gewöhnliche Verpflegung Ersatz zu bieten. Da die Tablette nur 2,32 Pfennig kostet, kann eine 120 Mann starke Friedenskompanie einen Tag lang mit 16,70 Mark verpflegt werden.

Schmiergelder

Rund 30.000 Mark Geldgeschenke unbekannter Geber sind, wie die „Kreuzzeitung“ erfährt, im vergangenen Jahre der Reichsfiskus zugeflossen. In der Hauptzahl handelt es sich hierbei um sogenannte „Schmiergelder“, die den staatlichen Behörden und ihren Beamten von Lieferanten als Dank für irgendeinen Vorteil zugeflossen, aber nicht angenommen wurden. Solche Schenkungen schwanken zwischen 3 und mitunter 1000 Mark und mehr und kommen am häufigsten im Bereich der Militärverwaltung vor. Vor allem werden Zahlmeister, Bezirksfeldwebel, Frontfeldwebel, seltener Offiziere durch Schmiergelder zu beeinflussen gesucht. Oft werden auch Gebrauchsgegenstände der mannigfachen Art übermietet. Der aus dem Verkauf erzielte Erlös wird ebenfalls der Reichsfiskus überwiesen. Gelingt es, einen solchen „Schmierer“ zur Anzeige zu bringen, so erfolgt schwere Strafe wegen Beleidigung und Verleitung zum Treubruch.

*

H. Vingen, 29. Jan. Eine Abteilung des Pionierbataillons 21 aus Kassel ist heute hier eingetroffen, um die Eispräparaten in dem Bette des Hahnenfließes vorzunehmen. Das Eis liegt an manchen Stellen vom Grund aus gerechnet 4 Meter hoch und bildet somit riesige Eisberge. Die Arbeit wird auf die Weise ausgeführt, daß große Glasflaschen mit Dynamit und Sprengpulver gefüllt und dann in dem Eise vergraben werden. Eine Drahtleitung führt zu der elektrischen Batterie, von der aus die Zündmassen entzündet werden. Der gewaltige Luftdruck reißt dann das Eis mit großer Wucht auseinander. Tausende von Menschen belagern die Flußufer und horchen dort der Dinge, die da kommen sollen. Die Sprengungen sollen auf der Strecke zwischen der Eisenbahnbrücke bis zur Drusfahrbahn durchgeführt werden.

H. Vingerbrück, 29. Jan. Bei der gestern stattgefundenen Tagung der Bürgermeisterei-Vertretung wurde der seitiger Kommissarische Bürgermeister, Herr Hertz, einstimmig zum Bürgermeister unserer Stadt gewählt. — Am Osterdienstag findet dahier der Rhein. Provinzial-Lehrertag statt. Am 15. April sind Ausflüge durch das Nahetal nach Kreuznach und durch das Guldenbachtal nach Stromberg geplant, wofür die Grundsteinlegung des Lehrer-Erholungsheimes stattfindet.

Ebernburg, 29. Jan. In der Meldung, daß die Ebernburg an ein Konfession evangelischer Bürger übergegangen sei, teilt der Bürgermeister der Gemeinde Ebernburg mit, daß zwar Verkaufsverhandlungen im Gange sind, ein Abschluß jedoch noch nicht erfolgt sei.

Essen, 29. Jan. Die vierköpfige Familie des pensionierten Discontoamtsdirektors Koch ist tot aufgefunden worden. Durch Verfall

Die Kagenpfote

Roman von H. M. Croker.

Autorisierte Uebersetzung aus dem Englischen von Alvin Bischof.

21. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Sechstes Kapitel.

Am nächsten Morgen wurde ich zu selber Stunde durch Frau Rosarios Stimme geweckt, die laut und heftig mit ihrem Mann unterhandelte, der sich offenbar in nächster Nähe der Veranda befand. Ich richtete mich etwas auf, schaute hinaus und entdeckte vier Männer und ebensoviel Frauen. Der Mann trug ein buntes Tuch um den Kopf und einen alten, abgetragenen roten Soldatenrock mit Epauletten, und Frau Rosario übertrug, in eine schmutzige Steppdecke gehüllt, das Mäntel der Kasse.

Leise, um meine noch schlafenden Gefährtinnen nicht zu wecken, erhob ich mich und ging ins Badezimmer. Es war höchst einfach und die Wanne bestand nur aus einem halben Kasse, aber die Erfrischung wäre mir doch eine Wohltat gewesen, wenn nicht solche von entsetzlichen Käfern und Miesestücken mit langen, haarigen Beinen überall an den Wänden auf und ab gekrochen wären, die mich mit Angst und Ekel erfüllten. Sobald ich glücklich wieder heraus war, packte ich meine Schreibmappe aus und verlasste eine Anzeige, die ich so schnell als möglich in ein Lokalblatt einrücken lassen wollte. Das Entsetzen vor dem Ungeziefer im Badezimmer war es wohl, was mich zu solcher Eile anspornte. Die Anzeige lautete:

Eine musikalische, sprachkundige junge Engländerin, geschäftig im Nähen und bereit, sich im Haushalt nützlich zu machen, sucht sofort Stellung als Erziehlerin, Haushälterin oder Gesellschaftlerin einer Dame. Anpreisung beiseiten. Zu erfragen...

Das höchst einfache Frühstück wurde in schweigender Hast eingenommen, worauf ich sofort fast sämtliche Hausbewohner auf den Weg nach ihren verschiedenen Schulen, Läden und sonstigen Arbeitsgebieten machte. Jocasta sah ich mit roten Wangen zwischen den Bäumen durch den Garten jagen und sich noch im Laufe der Jahre strecken. Dann trat ein wenig Ruhe ein und ich erkundigte mich bei Frau Rosario nach dem nächsten Wege zum Geschäftsgebäude der gelehrten Madraser Zeitung.

Mr. Friedrich Augustus ist eben im Begriff, in die Stadt zu fahren. Er wird Sie mit Vergnügen mitnehmen und vor der Türe der Geschäftsstelle absetzen.

Meine Leute dürfen bekanntlich nicht wahllos oder gar

eines Gastros auf der Straße war Leuchtgas ausgeströmt und in die Wohnung eingebrungen.

Münster, 28. Jan. Vor kurzem wurde in Schaffenburg wegen großer Schwindelen ein Reichswehrmann Wilhelm Droste-Bischoff verhaftet. Diese Nachricht ging durch die Presse in einer zu Mißverständnissen führenden Aufmachung, da der Schwindler in einer Reihe von Zeitungen als Graf Droste-Bischoff-Padberg bezeichnet wurde. Dadurch wurde derselbe mit dem wirklichen Grafen Wilhelm Droste-Bischoff auf Padberg (Kreis Brilon) und dessen Vater, dem greisen Erbprinzen Graf Droste-Bischoff-Padberg, dem Vorsitzenden des ständigen Komitees der deutschen Katholikenversammlungen, in Verbindung gebracht. Wir stellen deshalb fest, daß diese beiden letztgenannten zu dem Schwindler in gar keinen näheren Beziehungen stehen. Der Verhaftete ist nicht berechtigt, den Grafentitel und den Namen Padberg zu führen. Er ist ein Enkelkind der bereits vor etwa 100 Jahren abgewandten Nebenlinie der alten reichsadeligen Familie Droste-Bischoff, von der die Grafen Droste-Bischoff-Padberg auf Padberg abstammen. Die Gleichheit des Namens und die unbedingte Aneignung des Grafentitels hat schon öfter zu unangenehmen Verwechslungen geführt.

Berlin, 29. Jan. Im Landwehrkanal an der Möckerbücke ist die Leiche eines etwa 25jährigen Mannes gefunden worden, der der Kopf, der linke Arm und das linke Bein fehlen. Man vermutet ein Verbrechen.

Schwärz, 28. Jan. (Im Elbhang überfallen.) Gestern Abend wurde bei Schwärz im Elbhang ein Reisender im Abteil 2. Klasse mit einer Schußwunde in der Schläfe schwer verletzt aufgefunden. Wie sich später herausstellte, handelt es sich um ein Verbrechen. Der Täter konnte noch nicht ermittelt werden.

Reumünster, 29. Jan. Die Kaserne der 2. Infanterie ist heute Nachmittag vollständig niedergebrannt. Die Garnison von Reumünster und die kleinen Feuerwehre, die mit einer Automobilspritze herbeieilte, schafften Hilfe. 500 Arbeiter sind beschäftigt, das Schloss.

Stettin, 29. Jan. Beim Spiel mit einem Leiching erschoss gestern der 25 Jahre alte Lithograph Becker seine 22jährige Braut Bieker in deren Wohnung in dem Augenblick, als sie durch die Tür in das Zimmer trat. Das Mädchen wurde in die Schläfe getroffen und war sofort tot. Becker wurde verhaftet. Die Polizei sieht auf dem Standpunkt, daß es sich um einen Mordanschlag handelt.

Regensburg, 29. Jan. Die Tragödie einer Jungfrau hat sich gestern vor dem Schwurgericht Amberg zugegetragen. Eine etwa 25jährige Kaffierin aus Nürnberg sollte als Zeugin in einer Verurteilung vernommen werden, und dabei wurde, obwohl das Mädchen darauf hinwies, daß ihre Verlobung zurückgegangen und sie ihre geschäftliche Stellung verloren würde, bekannt, daß sie vor langen Jahren eine kleine Vorstrafe wegen eines in jugendlicher Unüberlegtheit begangenen Diebstahls erlitten hatte. Als diese Vorstrafe verlesen war, versuchte sich das Mädchen die Pulsader zu durchschneiden und brachte sich eine tiefe Schnittwunde am Handgelenk bei. Sie mußte ins Krankenhaus gebracht werden.

Matibor, 29. Jan. Heute morgen wurden in dem Hofe des Gerichtsgeländes die uneheliche Hausfrau Tochter Franziska Zimmer aus Rastowitz, welche ihre Stiefmutter ermordete, und die Bergmannsrau Josepha Kubera aus Czernowitz, die ihren Mann ermordete, hingerichtet.

Wien, 29. Jan. (Das Drama von Mayerling.) Am 31. Januar jährt sich zum fünfundsingzigstenmale der Tag, an dem die Welt durch die Kunde erschüttert wurde, daß Kronprinz Rudolf von Österreich ein gewaltiges Ende gefunden hatte. In Österreich wirkte die Nachricht wie die Kunde von einer verlorenen Schlacht, denn eine Fülle reichster Zukunftshoffnungen mußte mit dem einzigen Sohn Kaiser Franz Josephs zu Grabe getragen werden. Ein Vierteljahrhundert ist nun seit dem Drama von Mayerling vergangen und noch immer ist der Schleiher des Geheimnisses dieser unglücklichen Nacht nicht gelüftet. Aber wer kann bei den zahllosen in Umlauf gebrachten und sich meist direkt gegenüberstehenden Versionen, die oft phantastisch aufgereizt sind und sich vielfach als „Entstellungen“ eingetragener Kreise geben, die Kördern der Wahrheit aus dem dichten Geflecht der Legendenbildung herausfinden? Den wenigen wirklich Eingeweihten ist durch die heiligen Eide für alle Zeiten der Mund verschlossen. Am wahrscheinlichsten ist die Version, daß Kronprinz Rudolf bei einem Gastmahl von einem Verwandten der Kaiserin erschlagen worden ist. Mit dem Kronprinzen Rudolf fanden reiche Hoffnungen des österreichischen Kaiserhauses ins Grab, und noch heute, nach einem Vierteljahrhundert, ist der Schmerz über diesen Verlust nicht vermindert. An die Stelle des Sohnes des greisen Herrschers ist sein Neffe, der Erzherzog Franz Ferdinand, als Thronfolger getreten. Aber auch er wird demalst die Krone der habsburgischen Monarchie nicht seinen Kindern vererben, da diese, aus seiner morganatischen Ehe mit der Gräfin Chotek kommend, nicht thronfolgeberechtigt sind. An ihre Stelle wird der älteste Sohn seines jüngeren Bruders treten.

Belgrad, 29. Jan. Infolge epidemischen Auftretens der schwarzen Blattern in Belgrad hat der Minister des Innern die Anordnung der gesamten Stadtbevölkerung angeordnet. Bisher sind 90 Personen erkrankt, von denen 30 gestorben sind.

Rom. Der italienische Hof gegen den Tango. Im Quirinal fand am letzten Dienstag der erste diesjährige Fußball statt. Auch der König von Italien hat, wie aus Rom gemeldet wird, den ursprünglich auf der Liste stehenden Tango, gegen den sich bereits ein Verbot der römischen Geistlichkeit wendete, gestrichen.

anspruchsvoll sein, und so nahm ich des reichen Mannes Aufforderung mit gemessenem Danke an. Bis Man, der Mitgänger, wartete vor dem Hause und wollte mir dienstwillig in den Wagen helfen, wurde jedoch von Mr. Friedrich unjähig zur Seite geschoben, worauf die Fahrt losging.

Der Versuch, eine Stelle zu finden, erwies sich leider als erfolglos. Tag für Tag schaute ich sehnsüchtig nach dem Briefträger und seiner großen, ledernen Tasche und — wie hatte er etwas für mich. Frau Rosario verteilte mich wohl in ihrer freundlichen Weise auf bessere Zeiten, allein die Anzeige hatte zehn meiner schätzbaren Kopien verschlungen, und es blieben mir jetzt nur noch zwanzig, denn die unüberwindliche Enlatie hatte wiederholt Geld von mir entlehnt und es mir natürlich nie wiedergegeben.

Sald war ich mit der täglichen Einteilung des Haushaltes vertraut und versuchte, mich auf verschiedene Weise nützlich zu machen. Ich nahm mich Tante Gams an, lockte ihr Hahnschwein und Kaffee, und hörte ihre Klagen und endlosen Erzählungen über ihre schöne verschwundene Jugendzeit und die Eroberungen, die sie einst gemacht, mit an. Sie erzählte mir auch viel über Tante Rosario, und daß „Eglantine“ einst das schönste Mädchen in ganz Madtown gewesen sei und einen reichen Kaffeeplantagenbesitzer hätte heiraten können, wenn sie nicht ein dummes, törichtes Ding gewesen wäre.

Neben der Sorge für Tante Gams widmete ich mich auch der Pflege der vernachlässigten Blumen, besorgte sie und pfückte einige zum Schmuck des Salons und Eßzimmers. Ich schaute die Zimmer ab, besorgte Wäsche und übernahm die häßlichen Schulaufgaben. Gelegentlich mußte ich wohl auch Klagen über Jockasas lächerliches Wesen, Ewendolines Gefallsucht und Eulalies Verächten mit anhören. Auch über Elys Geiz und Elys Alans Vornehmheit fiel häufig im geheimen ein bitteres Wort, und nicht selten kam mir die Aufgabe zu, die erregten Gemüter zu beruhigen und Frieden zu stiften. Ich bin niemals eine Langschläferin gewesen, und so wachte ich auch jetzt oft schon auf, wenn die Dämme tränen und der allmählich sich färbende Himmel den Morgen ver kündigte. Dann machte ich einen Spaziergang, besah mir die alten Festungswerke und ging zur Marienkirche, der ältesten von ganz Indien. Nachher durchforstete ich die benachbarte kleine Insel und drang durch die schattige Feigenallee bis zur hohen Kathedrale und zum alten Fort Sankt Thomas — einst einer vorzüglichsten Festung — vor. Dort vorläufig wanderte ich am Meeresstrande entlang und ließ den Wind über die weite, braufende See schweifen. Ich sah den Fischerbooten und indischen Segelschiffen nach, und einmal durfte ich mich sogar am Anblick eines Sturmes weiden.

Vermischtes

„Ich hab' sie auch.“ Eine sehr amüsante Anekdote aus dem letzten Balkankriege erzählt der französische Schriftsteller Henry Bordeaux. Man weiß, daß König Konstantin sich im Feldzuge als ein echter Soldatenkönig bewährte und unter Verzicht auf alle jene Bequemlichkeiten, die ihm sein Rang geboten hätte, mit seinen Truppen alle Entbehrungen teilte. Aber nicht nur die Entbehrungen, sondern noch mehr. Der König hatte nun einmal in einer armenigen Bauernhütte in Quartier genommen und am Vormittag im Auto eine Inspektionsfahrt unternommen. Auf der Heimfahrt begegnete er einem Soldaten, der allein auf der Straße einherhinkte. König Konstantin läßt das Auto halten. „Wohin gehst du?“ fragt er den Kriegskameraden. „In die Stadt, Majestät: man hat mich zurückgeschickt.“ „Warum?“ „Ich erhielt zu Anfang des Feldzuges eine Verwundung. Ich glaubte, ich wäre geheilt, und ging wieder zur Front; aber die Wunde hat sich wieder geöffnet, und jetzt schickt man mich ins Spital zurück.“ „Steig ein!“ sagt der König und öffnet den Schlag des Automobils. „Aber nein, Majestät,“ wehrt der Verwundete ab. „Steig ein, aber schnell!“ „Ich kann nicht, Majestät.“ Befehl: „Einsteigen!“ „Majestät, es ist wirklich unmöglich.“ „Wieso? Erkläre dich!“ „Ich habe...“ und der Mann nennt den Namen jener nicht nur dem Zoologen bekannten sehr anhänglichen Tierchen, die in ihrer gefächerten Ausbreitbarkeit in den Kriegsquartieren den Soldaten wenig Freude bereiten. Der König sieht den Kriegskameraden kopfschüttelnd an. Dann sagt er lakonisch: „Ich hab' sie auch, steig ruhig ein!“

„Das Fräulein vom Amt.“ Die Post- und Telegraphenverwaltung ist die Behörde, die in größerem Umfang Stellen für die Frauen eingenommen hat. Unter etwa 350.000 im Beamtenverhältnis stehenden Personen der Reichspost- und Telegraphenverwaltung, sind heute bereits rund 28.000 Beamtinnen und in den Reichsset für 1914 werden abermals 1500 neue Stellen für Post- und Telegraphengehilfinnen eingesetzt. Die Aufnahmebedingungen für den Beruf der Post- und Telegraphengehilfin sind jetzt erleichtert worden. Falls eine Bewerberin nicht das Reifezeugnis einer höheren Mädchenschule bezw. einer Handels- oder Fortbildungsschule besitzt, wird sie zur Befreiung ihrer Kenntnisse, die mindestens einer tüchtigen Volksschulbildung entsprechen müssen, einer Prüfung unterzogen. In dieser sind die hinreichende Fähigkeit, richtig zu schreiben und über ein gegebenes Thema einen deutschen Aufsatz anzufertigen sowie ausreichende Kenntnisse im Rechnen und in der Geographie nachzuweisen. Vorbedingung für eine Anstellung ist ferner eine einwandfreie Führung; im übrigen müssen die Bewerberinnen unverheiratet oder Witwen sein und dürfen im allgemeinen das 30. Lebensjahr nicht überschritten haben. Verheiratung löst später das Angestelltenverhältnis ohne weiteres. An Beförderung erhalten die etatsmäßig angestellten Beamtinnen 1300 bis 1800 Mark jährlich, wobei das Gehalt in Stufen von drei zu drei Jahren wächst, und dazu einen Wohnungsgeldzuschuß, der je nach den Tarifklassen 200 bis 570 Mark jährlich beträgt. Bis zu der etatsmäßigen Anstellung haben die Post- und Telegraphengehilfinnen gegenwärtig neun bis zehn Jahre zu warten. Nach mindestens sechsjähriger Dienstzeit erwerben die Beamtinnen Pensionsberechtigung. — Der nächstjährige Zuwachs an etatsmäßigen Stellen wird die Anstellungsaussichten der Gehilfinnen, besonders im Fernsprechnetz, entschieden günstig beeinflussen. Wenn neuerdings die Beförderung laut geworden ist, daß in absehbarer Zeit infolge des großen Andranges die Aussichten der Gehilfinnen sich verschlechtern müssen, so wurde doch die anhaltende außerordentliche Entwicklung des Fernsprechnetzes übersehen. Die Zahl der Fernsprechanstalten vermehrt sich noch immer alljährlich um mehr als 100.000, und infolgedessen kann auch in dem Bedarf nach neuen Fernspreckgehilfinnen vorläufig kein Stillstand eintreten.

(Die gefährlichen Blondinen.) Wer hat Schuld an den 110.000 Ehescheidungen, die im letzten Jahre in Amerika stattfanden? — Die Blondinen und nur die Blondinen, behauptet das „American Magazine“. Und es beweist diese schwere Anschuldigung, indem es Quoten einiger bedeutender amerikanischer Juristen, die „Spezialisten in Ehescheidungsachen“ sind, wiedergibt. Danach entfallen neun Zehntel aller Ehescheidungen auf Blondinen. Der Richter Giegerich vom New-Yorker Gerichtshof hat in der letzten Zeit 220 Ehescheidungsprozesse entschieden, und in 210 war eine Blondine der schuldige Teil. Diese Blondinen bilden nach der Ansicht der Richter für Amerika eine viel größere Gefahr als die schwarze Gefahr. „Ich weiß nicht, woher es kommt“, meint der Richter, „daß die Blondinen so gefährlich sind, aber es ist nun einmal so.“ Ebenso ungünstig lautet die Ansicht des New-Yorker Rechtsanwalts Hermann L. Roth, der die Ehescheidungsprozesse verschiedener Persönlichkeiten von hoher gesellschaftlicher Stellung gekannt hat. Auch er kommt auf Grund seiner Erfahrungen zu dem Ergebnis, daß in 90% der Fälle Blondinen der schuldige Teil sind. Ueberhaupt ist er ein sehr ungünstiger Urteil über den Charakter blonder Frauen, denen er nachsagt, daß sie eitel und mangelhaft seien, den Eifer und die Weiblichkeit lieben. Ein bedeutender Theateragent will die Erfahrung gemacht haben, daß gewöhnlich blonde Schauspielerinnen in Familiencliquen die Intrigantinnen spielen, die Hosen der Frauen, die mit reichlicher Energie die anderen niedertreten, während die Rollen der bedauernswerten Wesen, die durch ihr gutes Herz unterliegen, gewöhnlich von Brünetten gespielt werden. Roth fährt auch viele Beispiele an, wo Männer in ihrer Ehe mit Blondinen sehr böse Erfahrungen gemacht haben. Ein ebenso hartes Urteil fällt ein anderer, in Ehescheidungsachen viel aufgetauchter Jurist, George Robinson. Er hat die Erfahrung ge-

acht, was für ein herrlicher, freudvoller Gegenstand zu der dampfen, biden Lust der Grandallstraße war das! Am Her stehend, betrachtete ich entrückt die schäumenden Wogen und lauschte dem Donner der Brandung und dem wütenden Fließen des Windes. Aber auch noch weitere Anzettel machte ich, wenn die gutmütige Rosamunde mir ihr Fahrrohr ließ. Dann fuhr ich die schlaube Mount Road entlang nach Guindy und über die Ramlong-Brücke durch den ältesten, eigenartigen Stadteil bis hinaus nach Palaveram mit seinen weiten Ebenen und schattigen Straßen. Trotz des lästigen stäubigen Staubes waren diese frühen Morgenstadiergänge für mich ein großer Genuß. Sie richteten mich wieder auf im Kampfe gegen Müdigkeit und Enttäuschung und füllten wenigstens einen Teil der leeren Stunden des endlos langen indischen Tages aus.

Am Abend spielte ich öfters Tänze auf dem alten, vor Jahren bei einer Versteigerung erkauften Klavierkasten der Frau Rosario. Dieses Aufspielen war mir indes immer noch lieber, als mit Elys Man oder den von Elys tanzten zu müssen. Hierbei erwies ich damit den jungen Mädchen, sowie meiner Hauswirtsin einen großen Gefallen. Stillschweigend hatte ich auch nach und nach einen Teil von Elys Arbeit übernommen, da diese durch die Vorbereitungen auf ihre Prüfung sehr in Anspruch genommen war, und Frau Rosario beinahe ihre ganze Zeit und Sorge den Kühen und Mähnern widmete. Sie verließ eigentlich niemals das Haus, außer wenn sie sich, aufs schönste herausgeduht, in Begleitung ihrer sämtlichen Kostgänger am Sonntag nach der Matthiaskirche in Beverb begab. Was wurde an einem solchen Tage dann immer von alt und jung an Patzschiff, Pomade und Puder vertrieben? Hand man doch dabei Gelegenheit, sich seinen Freunden und Verehrern zu zeigen.

Ich hatte die kleine Gesellschaft nur einmal zur Strandmuff begleitet und als hätte ich in dem kleinen Harri Platz genommen. Am Strande angelangt, flogen die vier anderen aus, um sich dann unter dem Publikum zu ergehen, während ich vorzog, im Wagen zu bleiben. Von hier aus beobachtete ich die Mädchen mit Elys Man und ihren Freunden, die auch ich kennen gelernt hatte, wie sie wanderten, scherzend und lachend auf und ab wandelten. Größere Aufmerksamkeit schenkte ich den eleganten Europäern, Offizieren und Beamten samt ihren Damen — meiner eigenen Gesellschaftsklasse, aus der ich mich nun gänzlich ausgehoben fühlte. Das war eine so schmerzliche Erfahrung, daß ich keine Lust empfand, ein zweites Mal zum Militärkonzert zu gehen. In Zukunft blieb ich lieber zu Hause und machte einen einsamen Spaziergang an den hinter dem Bungalow gelegenen alten Wällen hin oder vertrieb mir im Garten sitzend die Zeit mit Lesen.

macht, daß in vielen Fällen, wo die Bräutete der schuldige Teil ist, sie durch ihre Vergesslichkeit ihren Mann wieder zu gewinnen weiß. Im übrigen sind die Bräuteten mit dem Heiraten schlechter daran, da erbstungsgegemäß ein viel höherer Prozentsatz Bräuteten unverheiratet bleibt. Es scheint also, daß diese teuflichen, dafür aber oft entzückenden blonden Frauen auf die Männer einen unwiderstehlichen Reiz ausüben.

Berichtsaal

„Auf eigenen Wunsch entlassen“

Wohl jeder Angestellte sieht es gern, wenn ihm auf einem Zeugnis bestätigt wird, daß er die Stellung auf eigenen Wunsch verläßt, falls dieses wirklich zutrifft. Denn nur zu oft verläßt man eine Stellung lediglich, um sich zu verändern oder zu verbessern. In der Regel sind ja auch die Prinzipale bereit, dem betreffenden Jüngling im Zeugnis zu machen, denn sie wissen, daß es für einen Prinzipal immerhin von Wichtigkeit ist, nicht nur zu wissen, was ein Bewerber geleistet hat und wie lange er vorher in Stellung war, sondern auch, warum das Vertragsverhältnis gelöst wurde resp. von welcher Seite. Einen Rechtsanspruch hatte nun aber ein Angestellter bisher nicht auf den Zusatz, daß der Weggang auf eigenen Wunsch erfolgt sei. Alle Gerichte haben bisher ein derartiges Verlangen abgewiesen, denn nach § 73 des Handelsgesetzbuchs ist der Prinzipal verpflichtet, im Zeugnis nur höchstens noch über „Führung und Leistungen“ etwas zu sagen. Jetzt hat nun aber das Kaufmannsgericht Schöneberg entschieden, daß zur Kenntnisnahme von „Führung und Leistungen“ sehr wohl auch die Angabe des Grundes der Stellenauflösung gehöre. Denn wenn in einem Zeugnis der Zusatz fehle, „auf eigenen Wunsch“ entlassen, so könne leicht der Verdacht der Unberuflichkeit des Bewerbers entstehen. — Das ist eine sehr gesunde Anschauung, die sich hoffentlich nun auch die anderen Gerichte zu eigen machen.

Von Lahn und Westerwald

Limburg a. d. L., 29. Jan. Am oberen Wehr der Lahn sprangen gestern nachmittags mehrere Jünglinge auf den losgeprengten Eisflossern herum. Hierbei stürzte ein 12jähriger Junge ins Wasser. Dem hingerichteten 16jährigen Joseph Neuf gelang es, ihn vor dem Tode des Ertrinkens zu befreien.

Kull, 28. Jan. Bei der letzten Jagdverpachtung blieb Eisenbahn-Oberinspektor Baas (Nies) mit 585 Mark Höchstbietender. Der seitherige Pachtpreis betrug 250 Mark.

Muldenhausen, 28. Jan. Gastwirt Adolf Dabach war mit Jandefahren beschäftigt. Infolge der Kälte kam das Pferd zu Fall und der Wagen stürzte um. Dabach kam unter das Pferd zu liegen und erlitt so schwere Verletzungen, daß seine Überführung in die Wiesener Klinik erfolgen mußte.

Musheim, 28. Jan. Der Landrat des Kreises erläßt an die Bürgermeister folgende beachtenswerte Anweisung: „Sie wollen kontrollieren, ob diejenigen Militärpflichtigen, welche zur Unterstützung ihrer Eltern und Angehörigen bei dem Ober-Erziehungsamt der Erziehungsbefreiung überwiegen oder aus dem Militärpflichten entlassen worden sind, den ihnen hierdurch obliegenden besonderen Verpflichtungen nachkommen. Wenn Fälle vorkommen sollten, wo Militärpflichtige sich dieser Verpflichtung entziehen, ist mir sofort Anzeige zu machen.“

Mertenberg, 29. Jan. Der hiesige Turnverein beabsichtigt am 12. und 13. Juli sein Jahrestreffen abzuhalten.

Vom Main und Taunus

Zur Rückberufung der Cronberger Schwestern

Cronberg i. T., 28. Jan. Am Sonntag wurde hier von der Kanzel mitgeteilt, daß die zwei Ressortminister ihre Einwilligung zu einer Niederlassung von zwei Schwestern aus dem Mutterhaus Dernbach gegeben haben. — Dieses Resultat entspricht der Kundgebung des hiesigen Bürgermeisters, der ja öffentlich feierlich erklärt hatte, daß er immer für zwei Krankeenschwestern eingetreten sei. Getreu den Gesinnungen preussischer Verwaltungspolitik haben die höheren Anstalten das bewilligt, was die niederen befürwortet hatten. Sie haben aber offenbar die Rechnung ohne den Wirt gemacht, d. h. ohne die Ordensregeln und die kirchliche Gesetzgebung, denn das Bischöfliche Ordinariat, welches dem hiesigen Kirchenvorstande die Abschrift des Oberpräsidialschreibens mitteilt, bemerkt zu dessen Inhalt:

„Wir glauben kaum besonders hervorheben zu müssen, daß die Anwesenheit von nur zwei Schwestern eine Niederlassung nicht begründet und deshalb von uns ebensowenig als Niederlassung angesehen werden kann, wie die Generaloberin der vorerwähnten Kongregation mit nur zwei Schwestern eine solche errichten würde.“

Sehr unangenehm berührt die Worte des Oberpräsidenten von der Höchstzahl der Schwestern auf zwei, die in keinem Falle überschritten werden darf, und am Ende desselben Schreibens der erneute Hinweis auf die ministerielle Verfügung, daß die Zulassung weiterer Schwestern für die Zukunft ausgeschlossen ist. Unsere Freunde werden die Niedrigschlagenheit unserer Katholiken nach Anhörung dieser Stobspost begreifen. —

✱

Wierstadt, 29. Jan. Der Gemeinderat hat sich mit dem neuen Mietvertrag einverstanden erklärt. Der Vertrag tritt mit dem 1. April 1914 in Kraft.

Georgenborn, 29. Januar. Freiherrn Ferdinand von Krauskopf auf Schloss Hohenbuchau wurde der Rote Adlerorden 3. Klasse mit der Schleife verliehen.

Eines Abends machte mich Jit Man, der sich ebenfalls nach einer Stellung umseh, auf eine Anzeige aufmerksam, die, wie er glaubte, wohl meinen Wünschen entsprechen würde. Sie lautete:

Gesucht eine Erzieherin zu drei Kindern.

Wah vorhanden. Gehalt mäßig. Nur eine Europäerin möge sich melden bei Mrs. Smith, Cannanore Hotel, Madras.

Mein Herz kloppte vor Freude, als ich diese Zeilen las. Hier war schließlich das Richtige gefunden. Sogleich wollte ich mich ins Hotel Cannanore verfügen.

Ich zeigte die Anzeige Frau Rosario, die mir die Zeitung mit einem Seufzer zurückgab.

„Mein liebes Kind, die Leute werden natürlich mit beiden Händen zugreifen. Was für ein Verlust wird das aber für mich werden! Doch ich weiß ja wohl, es geht nicht anders.“

Sobald sich am nächsten Morgen die Flut der Kostgänger verlaufen hatte, zog ich ein hübsches Kleid an und ließ mich in einem Gharry zweiter Klasse nach dem in der Mount Road gelegenen Gasthof bringen. Dort angelangt, gestattete ich mir so gar den ungeheuren Luxus, den Wagen warten zu lassen.

Im Gasthof wurde ich von einem eleganten portugiesischen Portier empfangen, der mich mit den Worten: „Die Dame ist dort drinnen“, nach dem Empfangszimmer geleitete. Als ich mich suchend in dem großen, luftigen Räume mit seinen blendend weißen Vorhängen und Draperien, weißen Marmortischen und riesigen Spiegel umschauete, entdeckte ich in einem Seitenabgang eine sorgfältig gekleidete ältere Dame mit hochblonden Stielenhaaren und einem Roman in der Hand. Da sie nicht sprach, sondern mich nur eigenhändig anstarrte, fragte ich endlich: „Sind Sie Mrs. Smith?“ Ich bin gekommen, um mich für die ausgeschriebene Stelle einer Erzieherin zu melden.“

„Erzieherin?“ Sie zog die Augenbrauen in die Höhe. „O nein, ich bin ein altes Fräulein und brauche keine. Ich weiß auch nicht von einer Mrs. Smith. Dies hier ist das allgemeine Wohnzimmer. Erkundigen Sie sich nur noch einmal draußen.“ Damit nahm sie ihr Buch wieder auf.

Als ich im Begriff war, ihrem Rate zu folgen, erschien eine etwas unfrein aufgeduckte Dame mit langem Kinn und stehenden schwarzen Augen, die mich mit ihrem Blick durchbohren zu wollen schien.

„Ah! Wohl eine Bewerberin um die Stelle?“

„Ja“, antwortete ich zögernd. Zum Verlieben auf den ersten Blick sah diese Erscheinung gerade nicht aus.

„Sie können sich setzen. Wie heißen Sie?“ Und wieder be-

i. Kothheim, 29. Jan. Eisprengungen im Main wurden heute mittag durch die vier Bioniere hier vorgenommen.

h. Fildersheim, 29. Jan. Die Diamantfeinschleifer haben infolge der schlechten Geschäftslage eine Betriebsaufschiebung von zwei Tagen in der Woche eintreten lassen.

Wicker, 29. Jan. Seitern früh brach in der Weidenmühle Feuer aus, das so rasch um sich griff, daß in kurzer Zeit das ganze Mühlengebäude in Asche lag. Der Besitzer, Herr Phil. Luger, hat außer den Gebäuden nichts versichert, sodaß ihn ein ganz empfindlicher Schaden trifft, zumal viel Getreide mit verbrannt ist.

i. Aus dem Untertannuskreis, 29. Jan. Herr Winterschuldirektor Eisinger zu Hbstein wird in folgenden Orten Vorträge halten: Montag, 2. Februar, in Hestrich; Dienstag, 3. Februar, in Neuhof; Donnerstag, 5. Februar, in Stringtrinitatis, jedesmal abends 7½ Uhr. — Für den Verkaufszweig Breithardt wurde Herr Aug. Rücker zum stellvertretenden Schlachtvieh- und Fleischbeschauer ernannt.

Erbach i. T., 29. Jan. Mit der Notiz in Nr. 21 dfr. Jg. bezieht Konzent des Gefangenen „Einigkeit“ scheint man sich einen Scherz erlaubt zu haben. Wir werden nämlich gebeten folgendes zu berichten: Der festgebende Verein heißt „Eintracht“ und nicht „Einigkeit“; der Dirigent ist Herr Georg Rink und nicht J. Dork; Frau Grethe Roth kam auch nicht als Solistin in Betracht, da eine Dame mit diesem Namen an diesem Abend überhaupt nicht im Saal. „Zur Leucht“ anwesend war. — Wir geben von dieser Nichterfüllung Notiz und bemerken: daß wir gegen den Einsender des ersten Artikels uns weitere Schritte vorbehalten.

Weiskirchen, 29. Jan. Herr Pfarrer Mosel von hier wurde am 1. Februar zum Kreisschulinspektor für den Obertannuskreis ernannt.

h. Schwanheim, 29. Jan. Infolge zu geringen Abschusses von Hasen durch den Jagdpächter — es fand in diesem Jahre gar keine Waldjagd statt — hat das Wild ungemein überhand genommen, sodaß das Wild, namentlich die Hasen, den Feldern erheblichen Schaden zufügt. Der den Landwirten angebotene Schadenersatz hat dieselben nicht befriedigt. Die Landwirte wollen nun im Wege eine größere Entschädigung erlangen resp. zur Selbsthilfe schreiten — um eine Dezimierung der Kornfelder herbeizuführen.

Frankfurt a. M., 28. Jan. (Ein verschwundenes Kind.) Am 6. November 1913 erschien in einem hiesigen Blatt folgende Anzeige: „Kind distreter Geburt, beliebigen Alters, wird sofort von kinderlos, am stüttemen Ehepaar, gegen einmaligen Erziehungsbeitrag von 600 Mark an Kindesstatt angenommen.“ Es meldete sich eine hier wohnende Kontoristin, die Mutter eines neun Monate alten Knaben. Sie hatte am 11. November eine Zusammenkunft auf dem Hauptbahnhof mit einer angestrichenen Frau M. Höniger, die sich als Fabrikbesitzerstochter aus. Rüdich ausgab; in deren Begleitung befanden sich noch zwei Kinder, ein Knabe von fünf und ein Mädchen von vier Jahren. Ein angestrichener Beter, M. Höniger aus Heidelberg, führte die Verhandlungen. Er ließ sich von der Kontoristin 500 Mark Erziehungsbeitrag auszahlen und übergab das Kind der Frau Höniger. Am 15. November ist die Frau mit den Kindern abgereist und seitdem spurlos verschwunden. In Rüdich und Heidelberg konnte weder die Höniger noch Höniger ermittelt werden. Anscheinend handelt es sich um einen gemeingefährlichen Schwindel; es wird angenommen, daß das Kind aus dem Wege geräumt, angesetzt oder zu einem billigen Preis in Adoption gegeben worden ist. Durch die Anzeige des Oberverwaltungsgerichts über den Aufenthalt des Kindes wurde die Sache ruckbar. Zweifelhafte Mitteilungen sind bei der hiesigen Kriminalpolizei, Klingerstraße 21, Nummer 29, erwünscht.

Vom Rhein

o. Schierstein, 30. Jan. Eine eingehende Prüfung des Gemeindebudgets hat die dringende Notwendigkeit einer Erhöhung der Zuschläge zur Einkommensteuer von 10 Prozent, von 130 auf 140 Prozent, in Vorschlag gebracht. — Der Gefängnisverein Schierstein, gegr. 1900, veranstaltet vom 31. Jan. bis 2. Februar eine Gefängnis-Ausstellung. 303 Anmeldungen sind zur Beteiligung erfolgt.

g. Neuborf, 29. Jan. Der Kaisers Geburtstag wurde am Vorabend mit Glockengeläute eingeleitet. Der Krieger- und Militärverein versammelte sich in seinem Vereinslokal, wo sich bald ein patriotisches Leben entwickelte. Präsident, Veteran W. Bala, eröffnete die Feier mit einer Ansprache und brachte das „Kaiserhoch“ aus, worauf die Nationalhymne gesungen wurde. Einen besonderen Glanz erhielt die Feier durch die in fernigen Worten vorgetragene Rede des Toddenmeisters Franz Gehrig, der unseren Kaiser als Friedensfürsten feierte. Am Geburtstage selbst wurden den Schülern Kaiserbröckchen verteilt. Besonders freuten sich die kleinen Knirpse von der Kleinfinderschule.

e. Naentthal, 28. Jan. Die hiesige und Neuborfer Ortsgruppe des „Raff. Bauernvereins“ labet zu einer öffentlichen Versammlung am Sonntag, den 1. Februar, nachmittags 4 Uhr, in den Saal zum „Abingauer Hof“ dahier ein. Redner ist Herr Generalsekretär Erbacher. — Bei dieser Gelegenheit sei mitgeteilt, daß mit der Mitgliedschaft des „Raff. Bauernvereins“ keinerlei Haftverpflichtungen übernommen oder verbunden sind. Die Mitglieder zahlen nur einen Jahres-

trachte sie mich mit kalten, prüfenden Blicken von der obersten Schleiße meines Dutes bis zum Kleideraum.

„Berrars“, erwiderte ich kurz.

„Haben Sie schon eine ähnliche Stellung bekleidet?“

„Ich war zwei Monate Gesellschaftlerin bei einer Dame.“

„Sind Sie kinderlos?“

„Ja... ich glaube ja. Allein ich hatte bis jetzt noch nicht viel mit Kindern zu tun.“

„Musikalisch?“

„Ja, auch spreche ich geläufig deutsch.“

„So? Und können Sie nähen und zuschneiden, und sind Sie bereit, sich im Hause nützlich zu machen?“

„Ja, mit Vergnügen.“

„Nun, ich habe zwei Mädchen von Steben und Neun und einen Jungen von Bier. Ich möchte sie nicht gern nach England schicken, denn das ist ein teurer Spaß, und da dachte ich, statt dessen eine Erzieherin zu nehmen. Wie alt sind Sie?“

„Ich war letzten Dezember Einundzwanzig.“

„Ah, Sie sehen viel älter aus. Was veranlaßt Sie, nach Indien zu kommen?“

„It die Beantwortung dieser Frage notwendig?“

„Natürlich!“ fuhr sie mich an.

„Ich kam, um mich zu verheiraten.“

„Ah... so!“ rief sie und sah mich misstrauisch fragend an.

„Die Heirat aber zerbrach sich.“

„Das ist ja auffallend. Haben Sie keine Freunde in Indien?“

„Nein.“

„Ich kann nicht begreifen, warum Sie nicht nach England zurückgekehrt sind. Leben Ihre Eltern noch?“

„Nein, sie starben, als ich noch ein kleines Kind war.“

„Was sind Ihre Bedingungen?“

„Ich dachte, fünfzig Pfund monatlich und freie Wäsche...“

„Kammette ich.“

Mrs. Smith lachte laut und unversämmt auf. „Ich bitte Sie, daran ist ja gar nicht zu denken. Ich halte die Absicht, Ihnen fünfundsiebzig Pfund monatlich anzubieten.“ (Also die Hälfte meiner Forderung und die gleiche Summe, die Jit Man zurückgewiesen hatte). „Sie werden die Annehmlichkeit haben, im Gebirge zu wohnen, was hoch anzuschlagen ist. Obwohl ich auch eine Maj für die Kinder habe, müssen Sie sich doch stets um sie kümmern und natürlich die Mahlzeiten mit ihnen einnehmen, sie unterrichten und ihre Kleider ausbessern. Ueber all solche Einzelheiten muß man vollständig im Klaren sein.“

Dies war nun allerdings kein sehr verlockendes Anerbieten. „Nun, was sagen Sie zu meinen Vorschlägen?“ fragte sie ungeduldig mit dem Blicke auf den Boden stauend.

beitrag von 1 Mark, wofür denselben das Vereinsorgan gratis zugestellt wird. Alle gegenteiligen Behauptungen beruhen auf falscher Information oder böswilligen Entstellungen.

Canb, 29. Jan. Der seit Christabend verschwundene Tüchermeister Jäger von Kothheim-Mainz ist hier im Rhein gefangen worden. Er hinterläßt Frau und mehrere unmündige Kinder.

Nassauisches aus dem Preuß. Abgeordnetenhaus

(Auszug aus dem stenograph. Bericht der 10. Sitzung v. 23. Jan.)

Abg. Dr. Dahlmann (Zentrum): Ich möchte Ihr Augenmerk darauf lenken, daß die holländischen Fischer am ganzen Mittelrhein in Entfernungen von je 500 Meilen zwei Fischschiffe auf dem Rhein liegen haben, so daß der ganze Rhein sozusagen abgegrast wird. (Hört, hört!) Die Fische, die gefangen werden, werden nach Köln und anderen Städten geschickt; die andere Fische werden zum kleinen Teil in den nächsten Orten verkauft, der größte Teil der Fische aber geht kaputt. (Beifall. Hört, hört!) Denn, meine Herren, die Fische werden aus den Fangapparaten erst nach längerer Zeit ausgelesen, so daß sie nicht mehr lebensfähig sind. (Hört, hört!) Meine Herren, man kann es nicht verstehen, wie die Regierung dazu kommt, die gesamte Fischerei auf dem Rhein in dieser Weise zu verpacken. (Sehr wahr!) Die einheimischen Fischer sind dadurch natürlich ruiniert. Es liegt ja klar auf der Hand, daß der kleine einheimische Fischer dagegen nicht mehr aufkommen kann. (Sehr wahr! Hört, hört!) — Aufse: (Hört, hört!) Der kleine Fischer wird außerdem noch dadurch geschädigt, daß verschiedene kleinere Beamten die Fischerei packten und dann ihre Pachtrechte an die holländischen Fischer abtraten. (Hört, hört!) Man sollte doch glauben, daß dagegen eine dritte werden müßte. Ich werde wahrscheinlich diese Beschwerde beim Etat des Herrn Eisenbahnministers nochmals vortragen. (Zuruf!) Man kann einem Beamten zwar das Recht nicht nehmen, sich auch an der Fischerei zu beteiligen; daß er aber nunmehr das Recht packt und zu bedeutend höherem Preise dieses selbe Recht weiter verpackt, das hört doch wirklich alles auf! (Hört, hört!) — Abg. Dr. Sarenhorst: Die Afterverpackung muß verboten werden! Der Herr Minister sollte in dieser Sache wirklich eingreifen, damit zunächst die Verpackung an die holländischen Fischer nicht mehr vorgenommen werden darf. (Sehr richtig!) Denn es handelt sich tatsächlich um die Fortsetzung kleiner und kleiner Leute am Rhein. Gerade die kleinen Fischer sind bisher am Rhein zahlreich gewesen; aber durch diese holländische Fischerei sind sie beinahe ruiniert. Es ist mir gar keine Frage, daß, wenn nunmehr eingegriffen wird, die Leute wieder hochkommen. Wozu mühen denn die 150 000 Mark, die in den Etat eingebracht werden, und von denen doch sicherlich ein Teil für den Rhein bestimmt ist? Es muß nur den holländischen Fischern unseren einheimischen Leuten nicht es nicht. (Sehr richtig!) Man befreit es tatsächlich nicht, daß am Rhein auf je 500 Meilen Entfernung — ich glaube, es geht bis in die Nähe von Bingerbrück — zwei holländische Fischer nunmehr Tag und Nacht die Fische aus dem Rhein schaffen, zum Teil verkaufen, zum Teil kaputt lassen. (Hört, hört!) Meine Herren, ich möchte den Herrn Minister dringend bitten, der Sache doch erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen. Es handelt sich tatsächlich um das Wohl und Wehe kleiner Leute am Rhein. Daß ich in dieser Weise Ihnen das hier ausgeführt habe, meine Herren, ist, glaube ich, nötig, um Ihnen zu zeigen, wie weit die Fischerei heute geht. (Sehr richtig!) Ich kann mir nicht anders denken, daß die höhere Behörde es wesentlich deshalb gemacht hat, um aus der Fischerei ein Blut daraus zu ziehen. Meine Herren, man sollte doch den kleinen Leuten am Rhein speziell die Möglichkeit geben, für nicht besonders hohe Kosten zu ihrem Lebensunterhalt beitragen zu können. Aber durch diese holländischen Fischer wird das vernichtet, so daß die kleine Bitte sicherlich als berechtigt anerkannt werden, daß der Herr Minister der Sache erhöhte Aufmerksamkeit widmet und schnellste Abhilfe schaffen möge. (Beifall. Weisung.)

Aus Wiesbaden

Die zweite Abstimmung über die Wahl eines ersten und zweiten Vorsitzenden der Allgemeinen Ortskrankenkasse Wiesbaden

ist gestern abend vor sich gegangen und hat folgendes Ergebnis gehabt:

Wahl des ersten Vorsitzenden.

Arbeitgeber und Arbeitnehmer stimmen getrennt:

Arbeitgeber: Stimm 3 Arbeitnehmer: Stimm 7

„Stimm 3 „Stimm 5

„Stimm 6 „Stimm 12

Wahl des zweiten Vorsitzenden.

Arbeitgeber und Arbeitnehmer stimmen mit einfacher Majorität:

Krämer (bürgerlich) 8

Pfeifer (sozialdemokratisch) 9

Weißer Zettel 1

18 Stimmen

Die Wahl des ersten Vorsitzenden ist also wieder ergebnislos verlaufen und muß jetzt das Versicherungsamte einen Vertreter einsetzen. Gegen ist der Redakteur an der sozialdem. „Volksstimme“, Herr Pfeifer, mit 7 sozialdemokratischen Arbeitnehmer- und zwei Arbeitgeberstimmen zum zweiten Vorsitzenden gewählt worden.

„Ich möchte es mir gern noch überlegen“, antwortete ich vorsichtig.

„Ah, wirklich?“ antwortete sie gütig. „Ich kann mich doch wohl bei Ihrer letzten Herrschaft nach Ihnen erkundigen?“

„Nein, die Dame reiste ganz plötzlich nach Japan ab, und meine Briefe, Zeugnisse und der größte Teil meines Geldes wurden mir auf der Reise nach Madras gestohlen.“

„Aber Sie werden doch irgend jemand in Indien kennen?“

„Meine beste Freundin ist gestorben, ihr Mann mußte nach England zurückkehren, und an meine anderen Bekannten hier möchte ich mich nicht gern wenden.“

„Die Verwandten des jungen Mannes natürlich“, warf sie hartnäckig dazwischen.

Ich schüttelte, wie mir das Blut in die Wangen stieg, und schwieg.

„Das soll also heißen, daß Sie tatsächlich keine einzige Empfehlung haben?“ fragte sie, ihren Stuhl zurückschleppend.

„Ich kann mir eine Menge aus England verschaffen, wenn Sie Geduld haben und mir so lange Ihr Vertrauen schenken wollen. Mit jeder Post erwarte ich eine Empfehlung von Mr. Evans, der Formmeister im Bezirk Kohara ist. Seine Frau war meine Freundin, sie starb aber ganz plötzlich, und er mußte nach England reisen. Ich verspreche Ihnen“, sagte ich im Danken an meine leere Kasse und die nicht beglückenden Kostgänger in der Grumbachstraße hinzu, „daß ich alles tun werde, mir Ihre Zufriedenheit zu erwerben. Ich bin ein anständiges Mädchen.“

„Ja, ja“, spottete sie, verächtlich den Mund verziehend, „das sagt jede Abenteuerin.“

„Unabhängige Frau.“

„Sie brauchen nicht so aufzufahren. Ich kenne mich aus mit dieser Art hübscher, gut angezogener und anspruchsvoller Mädchen. Sie haben sich in irgend eine alberne Verdrängung eingelassen, die dann verdrängt ist, und ohne Empfehlungen verdrängen Sie nun, sich durch die Türe meiner Kinderstube wieder in die anständige Gesellschaft einzuschleichen. Dafür danke ich aber.“

Ich war so bestürzt über diese rohe und grausame Rede, und so heftig zitterten meine Lippen, daß ich kein Wort hervorbringen vermochte.

„Und nun ich Sie näher betrachte, erinnere ich mich auch Sie in Gesellschaft lärmender, aufgeregter Cavalier gesehen zu haben. Anständige Mädchen von gutem Ruf verkehren nicht mit solchen Leuten.“

(Fortsetzung folgt.)

Berein für nat. Altertumskunde und Geschichtsforschung

Ueber Ravenna und seine Denkmäler sprach am Mittwochabend Dr. Behn, Assistent am Zentralmuseum in Mainz. In Ravenna bewegt man sich zwar nicht auf so universalgeschichtlichem Boden wie in Rom, aber dafür sind die Spuren der Vergangenheit, die hier wesentlich nur einer einzigen Periode angehören aus dieser Zeit, auch in einzigartiger Weise vertreten. Ravenna ist eine uralte Stadt etruskischen Ursprungs. Aber die überreste römischer, geschweige etruskischer Zeit sind hier gänzlich untergegangen. Der Kaiser Honorius verlegte 404 seine Residenz von Rom in diese feste, nur von einer Seite zugängliche Stadt. Seine Schwester Galla Placidia erbaute hier ihr Mausoleum, das noch erhalten ist. Es ist eine äußerlich schmucklose Kapelle, in Kreuzform, deren Wirkung im Innern mit der mit Mosaiken bedeckten Kuppel und dem matten, durch kleine Fensteröffnungen einfallenden Licht aber eine ganz außerordentliche ist. Galla Placidia hat Ravenna noch mit vielen Kirchen geschnitten. Die Römerherrschafft wurde in Ravenna abgelöst durch den Germanen Odoaker, der wieder Theoderich und den Ostgoten weichen mußte. Auch in der Ostgotenzeit war Ravenna die Hauptstadt Italiens. Theoderich baute sich hier einen prächtigen Palast. Unter seiner Regierung wurde die Kirche St. Vitale angefangen, die erst vollendet wurde, als Byzanz schon das Gotenreich überwunden hatte. Deshalb ist diese Basilika auch eine Hauptvertreterin des rein byzantinischen Charakters. Der Vortragende beschränkte dieses Bauwerk in allen seinen interessanten Einzelheiten. Gerade die Mosaikdenkmäler dieser Kirche sind von unvergleichlichem Werte. Neben St. Vitale begann schon Theoderich die schöne Basilika St. Apollinare Nuovo zu bauen. Auch diese Kirche ist mit schönen Mosaiken geschmückt. Der Palast Theoderichs stellt eine Fassade von Säulenstellungen in Rundbogenform dar, zwischen denen jetzt geschmacklos wirkende weiße Vorhänge angebracht sind. Sie sind nicht ursprünglich, sondern sollen die Bildnisse des Ostgotenkönigs und seiner Palatine, die als die Vertreter der arrianischen Lehre dem athenaischen Byzanz anständig erschienen, den Blicken entziehen. Der Vortragende ging dann über auf die übrigen kirchlichen Baureste aus der Ostgotenzeit. Nur ein Denkmal sei noch erwähnt, das Grabmal Theoderichs, bei dem sich wohl der klassisch-antike Charakter des Baues geltend macht, das aber durch den es bedeckenden gewaltigen Steinblock an unsere deutschen Dünengräber erinnert und so ein Symbol einer von germanischem Geiste durchdrungenen römischen Kultur darstellt. Der interessante Vortrag, der auch die außerhalb der Stadt liegenden alten Basiliken St. Maria in Porto und St. Apollinare in Classe kurz vorführte, fand den lebhaftesten Beifall der sehr zahlreich erschienenen Zuhörer.

In letzter Stunde

Am 31. Januar läuft die Frist der Einschätzung zum Wehrbeitrag ab. Ein letztes erklärendes Wort dürfte also wohl am Platze sein. Personen, die Vermögen von nicht mehr als 50.000 Mark bei Einkommen von nicht über 2000 Mark oder Vermögen von nicht mehr als 4000 Mark haben, also zum Wehrbeitrag nicht herangezogen werden können, sind vielfach der Meinung, daß sie auch nicht verpflichtet seien, eine Vermögenserklärung zum Wehrbeitrag abzugeben. Diese Auffassung ist falsch und die Nichtabgabe der Erklärung wird in solchen Fällen mit einer Ordnungsstrafe bis zu 500 Mark bestraft. Die ebenfalls vorgesehenen Steuerzuschläge kommen hier nicht in Betracht, da ja ein Beitrag nicht zur Erhebung gelangt. Nach § 26 des Gesetzes ist — wie es ja auch in den amtlichen Bekanntmachungen steht — zur Abgabe einer Vermögenserklärung verpflichtet jeder, der ein Vermögen von mehr als 20.000 Mark oder bei einem gleichzeitigen Einkommen von mehr als 4000 Mark ein Vermögen von mehr als 10.000 Mark hat, oder der Personen vertritt, die derartige Vermögen bzw. Einkommen haben. Die Verpflichtung zur Abgabe der Vermögenserklärung ist ganz unabhängig davon, ob das Vermögen oder Einkommen nachher zum Wehrbeitrag herangezogen werden kann, oder Einkommen nachher zum Wehrbeitrag herangezogen werden kann, oder ob die Befreiungen des § 12 des Gesetzes eintreten. Es wäre vielmehr noch ausdrücklich hierauf hinzuweisen und betont worden wäre, daß der Kreis der Deklarationspflichtigen viel weiter gezogen ist als derjenige der Wehrtragspflichtigen. Der Zweck dieser Bestimmung ist natürlich, es in zweifelhaften und Grenzfragen nicht dem Ermessen des Beitragspflichtigen zu überlassen, ob er die Beitragspflicht als gegeben ansieht oder nicht, sondern diese Entscheidung der Steuerbehörde vorzubehalten und ihr die dazu nötigen Unterlagen zu verschaffen.

Es herrscht ferner Unklarheit über die bei der Deklaration zur Wehrsteuer geltend zu machenden Abzüge. Allgemein wird angenommen, daß ein Viertel der Haushaltsausgaben von dem am 31. Dezember 1913 vorhandenen Bargeld, Bankguthaben oder sonstigen Guthaben abgezogen werden darf — das ist auch richtig, aber folgende Bedingungen sind daran geknüpft: 1. das am 31. Dezember 1913 vorhandene Bargeld oder Guthaben muß aus Einkünften des abgelaufenen Jahres herrühren, 2. es muß zur Bestreitung der laufenden Ausgaben für drei Monate, 3. für die Zeit bis 1. April 1914, dienen. Wenn also das Bargeld, Bankguthaben usw. durch Verkauf von Wertpapieren, von anderen Wertgegenständen, durch Kapitalrückzahlung oder Uebertrag erzielt wurde, darf nichts abgezogen werden. Ebenso darf nichts abgezogen werden, wenn das Bargeld, Bankguthaben usw. für andere Zwecke als zur Bestreitung laufender Ausgaben bestimmt ist. Als Guthaben gilt nur ein solches, das dem Gläubiger täglich zur Verfügung steht, nicht aber eines, das auf einen bestimmten Termin ausgeliehen ist.

Falsche Zwangsmarktschilde

Die Falschmüller sind noch immer eifrig bei der Arbeit, ohne daß es bis jetzt gelungen wäre, ihre habhaft zu werden. Das Neueste an

falschem Geld sind falsche Zwangsmarktschilde. Sie tragen das Bildnis Kaiser Wilhelms II., das Münzzeichen A und die Jahreszahl 1890. Sie fälschen sich fettig an, sind dünner als echte Doppelkronen und haben ein Mindergewicht von 2 Gramm. Der Klang der Münze ist gut. Die Rückseite hat das Aussehen, als wenn sie mit Säure geätzt worden sei, obwohl die Prägung des Bildnisses selbst äußerst scharf und gut gelungen ist. Die Aufschrift auf der Rückseite dagegen, ebenso wie das Münzzeichen A, sind sehr undeutlich geprägt, wie auch die Abkürzung ein verschömmenes Aussehen hat. Die Fälschungen der falschen Goldstücke sind bei einiger Aufmerksamkeit leicht zu bemerken, jedoch es nicht schwer sein dürfte, sich vor Verlust zu schützen.

Hotelbahn Chausseehaus

Der Betrieb auf der in Unterhaltung der Stadtgemeinde Viebrich stehenden Hotelbahn am Bahnhof Chausseehaus ist jetzt wieder aufgenommen.

1. Bunter Faschingsabend

Außer den bereits gestern genannten Künstlern sind noch zur Mitwirkung gewonnen worden: die Chansonnière Clarissa Rodin und der jugendliche Komiker George Kottenburg, der außer humoristischen Rezitationen und Liedern zur Gitarre ein ganzes Varieteprogramm parodieren und gemeinschaftlich mit Fräulein Rodin die beiden parodischen Zweite aus der neuesten Fosse: „Wie einst im Mai“, darunter „Es war in Schöneberg“ zum Vortrage bringen wird.

Gerichtspersonalien

Gerichtsdirektor Leif, zurzeit in Hochheim, ist dem Amtsgericht in Hochheim als Hilfsrichter überwiesen. — Altuar Stejfer von hier ist an das Amtsgericht in Frankfurt, Altuar Grenting von Höchst an das Amtsgericht in Jockeln versetzt.

Eine Abenteurerin

Ein förmlicher Roman spielte sich am Mittwoch vor der Strafkammer in Mainz ab. Die bisher unbefragte 27jährige Schauspielerin Emma Gern aus Marburg, wohnhaft zuletzt in Wiesbaden, hatte sich wegen Betrugs und Urkundenfälschung zu verantworten. Die elegant gekleidete Künstlerin wurde aus der Untersuchungshaft vorgeführt. Es wurde ihr zur Last gelegt, in den Jahren 1912 und 1913 eine Pensionärin in Wiesbaden um 200 M., einen Vierzehnjährigen in Mainz um 2800 M. und die Frau eines Mainzer Kaufmanns um 1200 Mark betrogen zu haben. Ferner soll sie auf den Namen eines Amtsgerichtsrats von Mainz und auf den Namen der Schwägerin des durch Sechsmal gerichteten Kreisarztes, Medizinalrats Dr. Lindenhorn in Mainz, Schriftstücke gefälscht und davon Gebrauch gemacht haben. Die Angeklagte lernte vor 5-6 Jahren in Wiesbaden den Kreisarzt Dr. Lindenhorn und Gernisch, der damals in Groß-Gerau und später in Mainz tätig war, kennen. Lindenhorn interessierte sich für die Angeklagte, die damals unter dem Künstlernamen Lusi Douglas in Wiesbaden Schauspielerische auftrat. Er veranlaßte sie, nach ihrem Aussehen, der Bühne zu entgehen. In ihrer Ausbaltung verwendete L. namhafte Beträge, die er ihr monatlich auszahlte. Die Angeklagte nützte das Verhältnis mit dem Arzt, der ihr auch ein Legat von 5000 M. ausstellte, gehörig aus, handelte aber, als Dr. Lindenhorn Sechsmal verließ, verlassen da und verlegte sich nun auf Schwindelkugeln. Der Staatsanwalt beantragte 1½ Jahre Gefängnis. Der Verteidiger wies auf die Not hin, in die die Angeklagte nach dem Tode des Arztes geraten sei, er beantragte eine milde Strafe und bezüglich der Fällung des Namens des Amtsgerichtsrats auf Freilassung zu erkennen. Das Gericht sprach in dem letzteren Falle die Angeklagte frei, weil sie jedenfalls nur die Ladung zu dem Termine für die Eröffnung des Nachlasses vorgezeigt habe, in den übrigen drei Betrugsfällen und zur Fällung des Briefes wurde sie zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt. Von der Untersuchungshaft wurden 2 Monate auf die Strafe angerechnet. Die Angeklagte nahm die Strafe an.

Kameradschaftlich

Der 24jährige Fuhrknecht Wilhelm Benz von Wiesbaden, der am 11. Mai 1913 in Höchst einen Kollegen um Kleidungsstücke, Nahrungsmittel und sonstige Gebrauchsgegenstände bestahl und bei seiner Festnahme am 11. Januar d. J. in Höchst dem Beamten einen falschen Namen angab, wurde deshalb heute von der Strafkammer zu 4 Monaten Gefängnis und einer Woche Haft verurteilt.

Der wilde Mann

Der Schuhmacher Anton Breidenbach von hier sollte sich wegen Diebstahls heute vor der Strafkammer verantworten. Dort gebärdete er sich wie ein Wilder, wollte erst nicht in die Anklagebank, als er schließlich gezwungen von 2 Beamten auf seinen Platz gebracht worden, aus ihr nicht heraus, als das Gericht die Verhandlung vertagte, weil Dr. nicht verhandlungsfähig war. Das Gebahren des Angeklagten, der sich auch noch wegen Raubs in Nürnberg zu verantworten hat, erklärt sich daraus, daß sich bei ihm, da er an und für sich schon hysterisch veranlagt ist, diese Veranlagung in der Haft bedeutend gesteigert hat.

Schöffengericht

Die Ehefrau Katharina Haas aus Schierstein hat einer Hausgenossin gelegentlich fremdschändlicher Besuche Gegenstände verschiedener Art wie Zigaretten, 1 Nachjase, Schere, Kissenbezug usw. gestohlen. Strafe: 2 Tage Gefängnis. — Der jugendliche, des Fahrens noch nicht kundige Knecht Robert Groh aus Sonnenberg führte eines Tages beim Ueberfahren des Kaiser Friedrich-Platzes einen Zusammenstoß mit einem rabelosen Weggerbüchsen herbei. Strafe: 10 M.

Fahrlässiger Falschbild

Der Kaufmann Heinrich Simon in Viebrich wohnhaft, gehörig an Vieh, der am 4. Oktober 1912 am Amtsgericht in Höchst dadurch fahrlässigerweise einen Offenbarungsfall falsch leitete, daß er bei Abnahme des Fiebes einige Grundstücke, die ihm gehörten, und die er

Landmann“ des Briefempfängers hinstellte. Welche Geburtsorte hatte doch dieser Gegeipus Simon gewählt: Charancin, Voil, Champoleon, Corcouron, Fiton-les-Cabanes, Ceully-la-Demi-Lune, Bas-de-Jeu, St. Germain-les-Belle-illes. (Das sind natürlich lauter erfundene uflige Ortsnamen.) Braut konnte feststellen, daß die Abgeordneten fast gar nicht auf Briefe antworteten, wohl aber die Senatoren, auch wenn sie ablehnten. In den Wandelgängen des Abgeordnetenhauses und des Senatsgebäudes sprach man gestern fast nur von Gegeipus Simon. Einige „Auswahlmittglieder“ wählten ihren Sekretär gründlich herunter, weil er geantwortet habe, ohne sie zu fragen.

Wie selbst hatten Gelegenheit, uns mit einem der „Ehrenmitglieder“, Eugen Dittlich, zu unterhalten. Alle Welt weiß, daß dieser Vizepräsident des Senats ein wissenschaftlich gebildeter Mann und ehemaliger Universitätsprofessor ist. Wir waren daher nicht überrascht, als er uns sagte: „Gegeipus Simon? Ich habe keinen Augenblick daran geglaubt. Ich habe zwar geantwortet, aber nur um weitere Aufklärungen zu bekommen.“ Nun hatte aber Herr Dittlich geantwortet: „Ich gebe sehr gern meinen Namen her, aber teilen Sie mir Näheres mit, denn meine Arbeiten machen mir selbst weitere Nachforschungen unmöglich.“ — Die gekloppten Abgeordneten und Senatoren werden noch lange an diesen Gegeipus Simon denken.

Was die Soldaten essen. In der Erkenntnis, daß Personen, denen besonders schwere körperliche Leistungen zugemutet werden, auch eine besondere substantielle Kost brauchen, sind die Verwaltungen aller Heere der Welt mit Fleiß darauf bedacht, für die Mannschaften einen Küchenzettel zusammenzustellen, der den doppelten Zweck der organischen Ernährung zu dienen und gleichzeitig den Mangel an geistiger Abwechslung anzuregen, auf Befehl erfüllt. Die Tagesrationen, die nach diesen Grundregeln zusammengestellt sind, weisen in den verschiedenen europäischen Armeen folgende Posten auf: Deutschland: Frühstück Brot 750 Gramm, oder 500 Gramm Zwieback. Für die Mittagsspeise werden für den Soldaten täglich gebraucht 180 Gramm frisches Fleisch oder 120 Gramm Speck. Die und da tritt an die Stelle des frischen und geräucherter Fleisch oder Bäckfleisch nach Maßgabe von 200 Gramm pro Kopf. Dazu 125 Gramm Reis, 250 Gramm Gemüse (Erbsen, Bohnen, oder Linen), 1½ Kilogramm Kartoffeln und 25 Gramm Salz. Die Tagesration wird weiterhin durch 10 Gramm Kaffee und 17 Gramm Zucker ergänzt. Der Soldat der gemeinsamen österreichisch-ungarischen Armee erhält täglich 840 Gramm frisches Brot und für die Bereitung des Mittagsspeises nachstehend genannte Zutaten: 100 Gramm frisches Fleisch, 20 Gramm erstklassiges

zum Schein seiner Mutter übereignet hatte, anzugeben unterließ, wurde am Freitag von der Strafkammer Wiesbaden zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt.

Vermischte städtische Nachrichten

Die Eheleute Karl Knapp und Philippine, geb. Tausel, von hier, feiern am 2. Februar das Fest der Silbernen Hochzeit.

Im Büro der städtischen Armenverwaltung wurde gestern mittag eine Blechbüchse gefunden, die bei näherer Untersuchung als ein leuchtender Zettel bezeichnet den merkwürdigen Gegenstand als „Bombe“ und enthielt Drohungen. Der Fund wurde der Polizei übergeben. An zufälliger Stelle wird die ganze Sache als ein unpassender Scherz bezeichnet.

Holzversteigerung

Montag, 2. Februar, vormittags, soll im Stadtwald „Distrikt Gelsch“, links der unteren Karstraße, das nachstehend bezeichnete Gehölz versteigert werden: 1. 1 Eichenstamm von 1,56 Festmeter, 2. 135 Eichenstämme 1.-3. Klasse, 3. 14 Fichtenstämme von zusammen 3,55 Festmeter, 4. 14 Rmr. Eichen Holsteholz, 5. 85 Tannenstämme 1. Klasse, 6. 103 Tannenstämme 2. Klasse, 7. 1500 Tannenstämme 3. Klasse, 8. 1200 Tannenstämme 4. Klasse, 9. 236 Rmr. Eichen- und Buchen-Scheit- und Brägelholz, 10. 5 Rmr. Fichtenholz, 11. 7 Rmr. Kiefernholz und 13. 7500 Buchen Blätterweiden. Das Holz lagert an sehr guter Abfahrt, größtenteils direkt an der Karstraße. Zusammenkunft vorm. 10.30 Uhr an der Karstraße, Restaurant Waldhof, Gaststätte der Elektr. Bahn. — Dienstag, 3. Februar, vormittags, soll im Stadtwald Distrikt Dammholz das nachstehend bezeichnete Gehölz versteigert werden: 1. 1062 Rmr. Buchen Scheit- und Brägelholz und 2. 14000 Buchen Blätterweiden. Zusammenkunft vormittags 10.30 Uhr vor der Restauration Bahnhof.

Nach den Anstellungsverordnungen Nr. 5 für Militär- und Marine werden nach Hanau 8 Schulkinder und nach Frankfurt einige Schulkinder gesucht. Meldungen sind an die Polizeidirektion bzw. an das Polizeipräsidium zu richten.

Kunstnotizen

Königl. Theater (Spielplan vom 1.-9. Febr.) Sonntag: Ab. C. „Lohengrin“. Montag: Ab. D. „Die Schönen der Gesellschaft“. Dienstag: Ab. A. „Hänel und Gretel“. „Die Suppente“. Mittwoch: Ab. B. „Hoffmanns Erzählungen“. Donnerstag: Ab. C. „Der fliegende Holländer“. Freitag: Ab. A. „Hugues und sein Ring“. Samstag: Ab. B. „Polenblut“. Sonntag: Ab. B. „Oberon“. Montag: Ab. C. „Hugues und sein Ring“.

Residenztheater (Spielplan vom 1.-7. Febr.) Sonntag, nachm.: „Monna Rana“. Abends: „Hochgeborn“. Montag: „Es lebe das Leben“. Dienstag: „Hochgeborn“. Mittwoch: „Kammermusik“. Donnerstag: „Hochgeborn“. Freitag: „Die spanische Fiege“. Samstag: „Traumulus“.

Frau Leffler-Burkard hat der Kaiser für ihre Leistung als Kuchnerin in der Erkaufung des „Barfisch“ in Berlin eine mit Brillanten und Rubinen besetzte Brosche, die in der Mitte das Kaiserliche W. trägt, verliehen.

Herr Michael Bohnen vom Wiesbadener Hoftheater wurde nach der „Barfisch“-Aufführung am 24. Januar in Berlin vom Kaiser in Audienz empfangen, der dem Künstler in Anerkennung seiner Leistung als Gutmensch eine Brillantnadel verlieh. Dieses Geschenk ist Herrn Bohnen mit einem Schreiben des Generalintendanten Grafen Haffner im Namen des Kaisers übermittelt worden.

Kirchliches

B. Niederrhausen, 29. Jan. Sonntag, den 1. Februar, nachmittags 4 Uhr, Versammlung des Dritten Ordens für Niederrhausen und Umgebung, durch einen Vater aus Reckheim.

Letzte Nachrichten

Kardinal Kopp und die Gewerkschaften

Baderborn, 29. Jan. Die Redaktion des „Westfälischen Volksblattes“ bringt an der Spitze der Freitagssnummer folgende Erklärung: Der Ernst der gegenwärtigen Situation nötigte uns, an unseren Herrn Bischof Dr. Schulte mit der Bitte heranzutreten, uns die absolute Richtigkeit sämtlicher Angaben, die in den beiden Artikeln des „Westfälischen Volksblattes“ über die bekannte Interpretation der päpstlichen Enzyklika singulari quadam enthalten sind, zu bestätigen. Der Bischof hat uns die Bestätigung gegeben.

Die Vorgänge in Straßburg

Straßburg, 29. Jan. In der heutigen Sitzung der Budgetkommission der Zweiten Kammer erklärte Unterstaatssekretär Wandel, daß die gegenwärtigen Mitglieder der Regierung ihre weitere Tätigkeit bis zu der aus Berlin erwarteten Entscheidung nur als die eines Geschäftsministeriums auffassen könnten. Die Budgetkommission begann die Erörterung der Innen- und schloß mit dem Staatsgesetz die Kommissionsberatung des Budgets ab. Für den Verband für Jugendpflege waren 10000 Mark gefordert, welche die Budgetkommission einstimmig gestrichen hat. Man könne sich nach Baderborn von der Tätigkeit eines Verbandes, der mit der Jugendverwaltung zusammenarbeiten solle, nichts versprechen. Auf fortwährender Seite wurde dann betont, daß man den unter dem Protektorat des Grafen Wedel

fettes Ochsenfleisch, 120 Gramm Gemüse, 30 Gramm Konserven, 25 Gramm Salz und 20 Gramm Kaffee und Zucker. Im englischen Heere sieht sich die Tagesration aus folgenden Einzelheiten zusammen: 566 Gramm frisches Brot, 157 Gramm frisches, gebackenes oder Bäckfleisch, 220 Gramm frisches Gemüse, ein halbes Liter Tee, 15 Gramm Kaffee, 20 Gramm Zucker, 10 Gramm Salz, ein zehntel Liter Zitronensaft und ebensoviel Rum. Bei den Schweizertruppen sind die drei folgenden Verproviantierungsmethoden im Brauch. 1. Barzahlung für die Selbstbeschaffung in Höhe von 80 Pf. pro Kopf. 2. Ernährung in den Bürgerquartieren. 3. Lieferung von Lebensmitteln in natura, und zwar in folgendem Verhältnis: 750 Gramm Brot, 375 Gramm frisches Fleisch, Bohnen, Erbsen, Reis und Kartoffeln im Gewicht von 200 Gramm, Salz 20 Gramm, Kaffee 15 Gramm und 20 Gramm Zucker. Der französische Soldat erhält gemeinhin pro Tag: Brot als Beispeise 750 Gramm, zur Suppe 125 Gramm frisches Fleisch, 300 Gramm frisches Gemüse, 200 Gramm Gemüsekonserven, Zucker und Kaffee je 10 Gramm. Der tägliche Küchenzettel des russischen Soldaten besteht aus folgendem: Brot aus Roggen- oder Weizenmehl 300 Gramm, Suppe aus Roggenmehl mit Fett- oder Butterzusatz 135 Gramm, frisches Ochsenfleisch 203 Gramm, 32 Pf. für Gemüse pro Kopf, 3 Gramm Tee und 10 Gramm Zucker. In der spanischen Armee umfaßt die Lebensversorgung: 700 Gramm Brot, 250 Gramm frisches Fleisch oder Fische, 200 Gramm Gemüsekonserven, 60 Gramm Butter, Speck oder Olivenöl, 15 Gramm Salz, 10 Gramm Kaffee, 25 Gramm Zucker und im Durchschnitt pro Woche einen halben Liter Bier oder Wein. In Italien sieht sich die Tagesration des Soldaten wie folgt zusammen: 750 Gramm Brot, 200 Gramm frisches Ochsenfleisch oder Geflügelfleisch, 200 Gramm Reis, 12 Gramm ungerösteten Kaffee und 15 Gramm Zucker. Für Salz, Speck oder Gemüse erhält jeder Mann eine Beisteuer von 8 centesimi zur Mittagsspeise. Dazu treten jährlich 280 Extraportionen von Wein oder Kaffee, darunter 30 von Wein.

Schlagerfertig. Prinzipal (zu dem sich neumelnden Kommis): „In erster Reihe ist es nötig, daß Sie die Branche genau kennen.“ — Kommis (für sich): „Dann, wenn Sie, nun habe ich verstanden, was für eine Branche es ist! Nun, es wird schon gehen.“ — Prinzipal: „Sie scheinen nicht zu wissen, worum es sich handelt; ich bin Unternehmender für Sekundärbahnen.“ — Kommis: „Eben, eben; ich meine, bin viel mit der Sekundärbahn gereist.“

Fatale Doppelsinn. Fräulein (im Hof): „Bitte, Kellner, bestellen Sie mir lieber statt Wans einen Hering.“ — Kellner (in die Küche rufend): „Also für die Wans einen Hering!“

Kleines Feuilleton

Ein glänzender Reinfall. Ein französischer Journalist hat den hervorragenden Parlamentariern einen Streich gespielt, der in der ganzen Welt eine ungeheuerliche Heiterkeit hervorgerufen wird. Hören wir, was der „Matin“ am 23. ds. Mts. darüber schreibt: Seit gestern zählt Frankreich einen großen Mann weniger und einen großen Lügner mehr. Der große Mann heißt Gegeipus Simon; er hat sich in das Nichts zurückgezogen, aus dem ihm die tolle Laune eines unserer Kollegen, des Herrn Paul Virault vom „Galaire“, entwichen ließ. — Herr Virault wollte an einem Falle zeigen, mit welcher Wichtigkeit man bei uns Ehrenausweise gründet, um unbekannten Größen Denkmäler zu errichten, und mit welcher Leichtigkeit man die Unterhaltung bekannter Parlamentarier erhalten kann. Er ließ daher vor einigen Monaten wunderhübsche Briefe drucken, die am Kopf die Worte trugen: „Ausdruck zur Jahrbundfeier von Gegeipus Simon“. Unten las man die Worte:

Die Finsternis verschwindet, Wenn die Sonne aufgeht.

Gegeipus Simon.

Herr Virault wählte dann 100 Abgeordnete, 100 Senatoren und 25 Gemeinderäte von Paris aus. Jedem von ihnen schrieb er, daß endlich die Fertigkeit eines großmütigen Gebers gestalte, dem Gegeipus Simon ein Denkmal zu errichten, „diesem Vorläufer und Lehrer der Demokratie“. Gleichseitig wurden die 225 Herren gebeten, sich als Ehrenmitglieder einzutragen zu lassen, und bei der Jahrbundfeier das Wort zu ergreifen. Virault wartete; heute hat er zulaufende Schreiben von 9 Abgeordneten, 15 Senatoren und 3 Gemeinderäten. Ein wunderbarer Ausbruch! Wenige wirklich große Männer haben einen so glänzenden wie der gar nicht existierende Gegeipus Simon. Herr Virault hätte den Ausbrecher, Schluß zu machen, denn schon begann man, ihm zu schlagen. Der bekannte Politiker Leon Bourgeois rief den Reden zu. Trotz aller Anstrengungen hatte er in der Geschichte keine Spur von dem angeblichen Gegeipus Simon entdecken können. Er warnte seine Kollegen, aber diese protestierten nicht; sie brachten sogar die Einladungsschreiben und verglichen sie miteinander. O Wunder! Gegeipus Simon war bei keinem in demselben Orte geboren. Dieser seltsame Vorläufer hatte das Recht der Welt gleichzeitig in 88 Departements erblickt. Herr Virault hatte nämlich seinen Vorschlag dadurch noch schmählicher gemacht, daß er jedesmal seinen Seiden als den „teuren

und Selbstfällende vermögen Unternährung und damit zusammenhängenden Beschwerden wirksam vorzubeugen, wenn sie regelmäßig Scott's Emulsion nehmen. Hergestellt aus reinem Lebertran mit Kalk- und Natronsalzen, ist sie ein leicht zu nehmendes und verdauliches Stärkungsmittel, das die Gtäfte dauernd anregt.

Preußischer Landtag.

Stimmungsbild aus dem Abgeordnetenhaus.
— Berlin, 29. Januar.

Das Abgeordnetenhaus beschäftigte sich heute mit den Angelegenheiten des Landwirtschaftsministeriums, mit dem Gesetz über die Domänenverwaltung. In beiden Fällen wurden die sachlichen Erörterungen, die ein allgemeines Interesse verdienen, nicht durch die scharfe Auseinandersetzung zwischen den Anhängern des Bundes der Landwirte und des deutschen Bauernbundes für die sensationshungrige Tribüne wirksam ergänzt. Der Abgeordnete Hoffmann half seinerzeit, dieses Missverhältnis noch amüsanter zu machen. Als Beweis dafür, wie die Politik mit der Landwirtschaft verquirit werde, erzählt er eine Geschichte, wie eine Bäuerin ihre Kuh zum Decken brachte. Der Gutsherr verweigerte ihr aber den Wunsch, weil ihr Mann nicht konterbattig gemacht habe. Während die beiden sich nun noch auseinanderzusetzen, habe er eine Einreise gehabt und sei so „vernünftig“ gewesen, die Angelegenheit aus eigener Initiative zu regeln. Daneben gab es eine erneute Aussprache über die Domänenverwaltung in Ostpreußen, die im vorigen Jahre zu Presse-Auseinandersetzungen geführt hat. — Morgen wird der Landwirtschaftsminister mit seinem Stabe vermutlich mit erledigtem Etat abziehen können.

Sitzungsbericht aus dem Abgeordnetenhaus.

14. Sitzung vom 29. Januar.
Am Ministertisch: Herr von Schorlemer, von Dettingen.
Auf dem Platte des Abg. König (Str.), der seinen Geburtstag feiert, prangt ein schöner Blumenstrauß. Präsident Graf von Schwerin-Löwig eröffnet die Sitzung um 11 1/2 Uhr.

Der Gutsbesitzer. (Zweiter Tag.)

Abg. Hofer (Soz.): Die Abordnung greift tief in die wirtschaftlichen Verhältnisse der kleinen Besitzer ein. Die großen Besitzer werden bevorzugt; die politische Gestaltung ist eine Rolle. (Widerpruch rechts.)
Abg. v. Rappenheim (kons.): Die Abordnung hat nicht nur für die Landwirtschaft eine große Bedeutung, sondern auch für die Wirtschaft des Landes. Im Interesse des Landes nimmt die Landwirtschaft hier große Stellen ein. (Zurufe bei den Soz.) Ich gebe zu, daß die Abordnung schwere Bestimmungen enthält, aber diese sind durchaus notwendig, weil nur auf diese Weise die Landwirtschaft gefördert werden kann. Galt es, daß hierbei die großen Grundbesitzer bevorzugt werden. Daß die Kommission heute ein Verbot bei einem Besitzer zurückweist und nach ein paar Tagen bei einem Händler kauft, ist ein Irrtum, der passieren kann. Herr Bachhorst de Wente hält es für seine Lebensaufgabe.

Entscheidungen zwischen Klein- und Großgrundbesitz zu fassen. (Stürmischer Widerspruch links, erregte Zwischenrufe bei den Soz.) Er bemüht sich, der Abordnung der Sozialdemokraten zu sein. (Stürmischer Widerspruch links, erregte Zwischenrufe.) Herr Bachhorst de Wente hat seine Behauptungen nicht bewiesen und sollte doch vorsichtiger sein. Die Provinz Hannover kann froh sein, daß sie über die kleinen Landbesitzer hat und daß nicht Herr Bachhorst de Wente Landbesitzer dort ist. (Beifall rechts, Zwischenrufe links.) Ich bitte die Geschäftsverwaltung, nach Möglichkeit bei den Produzenten und nicht bei den Händlern zu kaufen.

Abg. Johannsen (N.) weist ebenfalls die Vorteile des Abg. Hofer und des Abg. Bachhorst de Wente zurück.

Abg. Wenig-Stormann (N.) tritt, beim Remontekauf möglichst die kleinen bäuerlichen Besitzer zu berücksichtigen.

Abg. Mehren (N.) erhebt gleichfalls Widerspruch gegen die Behauptung, daß beim Remontekauf ein Unterschied zwischen Groß- und Kleinbesitz gemacht werde.

Abg. Frhr. v. Mährenholz (kons.): Die Vorgänge im Vorjahre werden damit entschuldigt, daß plötzlich ein großer Pferdebedarf entstanden sei. Aber dies ändert doch nichts an der Tatsache, daß vielfach die kleinen Besitzer benachteiligt wurden und die Händler den Vorteil hatten. Wünschenswert wäre es, wenn in Zukunft bekannt gemacht würde, wieviel Pferde jährlich gebraucht werden.

Landwirtschaftsminister Frhr. v. Schorlemer: Die Beurteilung hinsichtlich der Maßnahmen der Militärverwaltung ist nicht begründet. Die Zahl der Vollblutpferde ist nach der neuesten Vermehrung um etwa 5 Prozent erhöht worden. Wenn in letzter Zeit in der Provinz Hannover verhältnismäßig wenig Pferde gekauft worden sind, so ist zu berücksichtigen, daß die Remontekaufkommission in der Hauptsache schwere Kavalleriepferde kauft, und daß es sehr leicht möglich ist, daß deshalb in der Provinz Hannover das gefuchte leichte Kavalleriepferd nicht in entsprechender Zahl vorhanden ist.

Ich will mich nicht der Verpflichtung entziehen, mich gegenüber der Militärverwaltung die Interessen der Käufer wahrzunehmen und mit dem Kriegsminister in Verbindung zu treten. Nach den Erfahrungen des Krieges bin ich davon überzeugt, daß die Militärverwaltung in Zukunft nach Kräften bestrebt sein wird, direkt vom Käufer zu kaufen. Ganz werden wir allerdings, ebenso wie auf allen anderen Gebieten, auch

beim Pferdehandel die Händler nicht ausschließen können. Wer privatim Pferde kaufen will, soll sie auch lieber beim Händler, als beim Remontekauf, schon deshalb, weil er, wenn der Kauf ein ungünstiger ist, auf den Händler schimpfen kann, was der Remontekäufer nicht getan läßt. Die Tätigkeit des Landstallmeisters in Hannover erlaube auch ich durchaus an und hoffe, daß er noch recht lange auf seinem Posten bleiben wird. Ich kann heute nur darauf hinweisen, daß alle die Anträge, die gegen die Remontekommission, gegen die größeren Pferdebesitzer und gegen die Geschäftsverwaltung erhoben worden sind, völlig unbegründet sind.

Abg. Hofer (Soz.): Ich habe gesagt, daß die kleinen Besitzer im Osten benachteiligt würden, und Herr Bachhorst de Wente führt dieselbe Tatsache vom Westen an; so muß doch etwas daran sein.

Abg. Bachhorst de Wente (natl.): Ich weise die leichtfertige Behauptung des Herrn v. Rappenheim zurück, daß ich es als meine Lebensaufgabe betrachte, die kleinen gegen die Großen aufzuheben. Ich habe ebenso das Recht, für die kleineren und mittleren Besitzer einzutreten, wie Sie (nach rechts) für die großen. Im Osten haben wir die kleinen Besitzer einmütig gesagt, daß sie sich zurückgesetzt fühlen. (Beifall bei den Natl.)

Abg. Dr. Lohmann (natl.): Zwischen meiner Fraktion und Herrn Bachhorst de Wente besteht kein Gegensatz. Es ist nichts geschehen, was solche Bemerkungen, wie die des Herrn v. Rappenheim vom „Adjutanten“ irgendwie rechtfertigen könnte.

Abg. Adolf Hoffmann (Soz.): Gegen die Vermengung der Nationalliberalen und Sozialdemokraten muß ich mich wenden, namentlich nach den kürzlichen Ausführungen des Abg. Köppling, offensichtlich bald von Köppling. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Dahn (kons.): Weber Bachhorst de Wente noch Abg. Hofer haben einen Beweis dafür erbracht, daß die Großen vor den Kleinen von der Remontekommission bevorzugt werden. Herr Bachhorst de Wente hat seine Ausführungen nur aus agitatorischen Gründen gemacht. Ich zweifle, daß ein großer Teil der Nationalliberalen mit ihm übereinstimmt.

Abg. Bachhorst de Wente (natl.) verteidigt sich gegen einen Angriff, daß er dem Militärkorps einen Vorwurf bei den Remontekommissionen habe machen wollen. Frhr. v. Zedlitz hat aber Dr. Dahn einmal das Urteil gefällt, er sei der größte Meister in der politischen Klopffeder. (Große Heiterkeit links.) Das unterschreibe ich!

Abg. Dr. Dahn (kons.): Frhr. v. Zedlitz hat auch einmal von den Nationalliberalen als von der „Fraktion Dreißigste“ gesprochen. Wir wollen das tolerieren. (Heiterkeit.)

Die ordentlichen Ausgaben werden bewilligt. Bei den einmaligen und außerordentlichen Ausgaben findet sich auch eine Position von 350.000 M. zum Ankauf von Grundstücken zur Errichtung eines staatlichen Vollblutstalles in Altfeld, Kreis Schwesing, Regierungsbezirk Cassel.

Abg. Schmedding (Str.): Wir stimmen aus Zweckmäßigkeitsgründen dafür.

Abg. Dr. Wendland (natl.): Auch wir sind mit der Forderung einverstanden. Gerade für die Pferdebesitzer ist diese Forderung sehr wichtig.

Abg. v. Rappenheim (kons.) erklärt sich gleichfalls für die Forderung, schließt sich jedoch den etatsmäßigen Bedenken des Vorredners an.

Abg. Dr. Reiter-Göhl (Str.): Auch wir stimmen für die Verlegung.

Landwirtschaftsminister Frhr. v. Schorlemer: Wir würden die Übernahme des ganzen Kaufpreises in das Extraordinarium der Geschäftsverwaltung befürworten, falls der Finanzminister auch geglaubt hätte, diesem Vorlage zustimmen zu dürfen. Das war nicht der Fall, und so mußten wir den Domänenfonds in Anspruch nehmen. Wir tragen aber deshalb kein Bedenken, weil es sich in jedem Jahre mehrmals ereignet, daß Grundstücke der Domänenverwaltung so wohl für andere Verwaltungen meines Ressorts, wie insbesondere für andere Ressorts ohne Entscheidung in Anspruch genommen werden. Ich kann auch keinen Unterschied machen, ob der Domänenverwaltung etwas in bar oder in Grund und Boden abgenommen wird. Für den Augenblick dürfte die Zustimmung genügen, daß wir für den Ankauf von Altfeld vollen Ersatz leisten durch Herausgabe derjenigen Bestandteile von Grund, die demnach durch Verbringung des Hauptgeschäfts Grund und noch Verlegung nach Altfeld frei werden. (Beifall.)

Die Position für Altfeld wird bewilligt, ebenso der Rest des Geschäftsetats.

Es folgt der

Domänenetat.

Abg. Wohlfahrt (natl.): Man sollte mehr als bisher den kleinen Besitzern die Möglichkeit gewähren, ihren Besitz zu vergrößern. Hierdurch kann man wirksam der Landflucht entgegenwirken. Manches zu verbessern wird noch an der Arbeiterverwaltung auf den Domänen sein. Das alte Schloss Wettin sollte durch ein Komitee für ein Veteranenheim angekauft werden; Selbstmörder, die sich der Deutsche Kriegerbund dagegen ausgesprochen.

Abg. Weisermeier (kons.): Den höheren Ertrag der Domänen begrüßen auch wir, aber zu hoch darf man die Pacht auch nicht schrauben.

Abg. Dr. Wastheller (Str.) tritt für einen Schutz des deutschen Weinbauseins ein.

Abg. Dr. Dahlem (Str.): Die Regierung muß eine Aktion für die Weine einleiten.

Minister Frhr. v. Schorlemer: Wenn ich versuchen möchte, aus den Mitteln der Domänenverwaltung Gelder für diesen Zweck flüssig zu machen, dann würde ich doch sicher auf den Widerspruch der Partei des Vorredners und der Konservativen stoßen, die bei der vorliegenden Debatte besonders betont haben, daß jeder Fonds nur für den Zweck verwendet werden dürfe, für den

er bestimmt sei. Ich glaube kaum, daß hier bei diesem Etat

die Unterfütterung der Weine in Frage kommen kann. In der Regel geben wir Mittel zur Bekämpfung der Weinschädlinge nur an Gemeindefürsorge oder Genossenschaften. Leider haben an Rhein und Mosel noch zu wenig Gemeinden die Bekämpfung der Weinschädlinge organisiert, das schärfste Mitteljahr 1913 ist darauf zurückzuführen. Die neuen Mittel sollen in staatlichen Weinbergen erprobt werden, was hoffentlich neuen Mut in Weinzüchtern hervorruft. Der staatliche Weinbergbesitz an der Mosel soll nicht vermehrt werden, er hat den Weinzüchtern die gefährliche Konkurrenz gebracht und ist ihnen im Gegenteil bei der Nebenerwerbsarbeit, beim Verkauf und bei der Verbesserung der Weinbauverhältnisse nützlich gewesen.

Abg. Dr. Dahlem (Str.): Die Vergabe von Mitteln ist an zu viel Formalitäten geknüpft.

Abg. Schulte-Pelkum (kons.): Der Besuch von Kordernern sollte auch minderbemittelten Personen ermöglicht werden. Wir sind gegen eine Verpachtung, da Kordernern dann ein Luxusbad wie Ostende werden würde.

Abg. Frhr. v. Rappenheim (kons.): Für Kordernern muß unbedingt etwas geschehen. Die ganze Kellerei darf nicht der Gemeinde überlassen, durch sein Fernbleiben vom Verband Deutscher Seebäder schädigt er außerdem Kordernern. Die Kurorte für Familien muß ermöglicht werden.

Abg. Dr. Wenig (natl.): Den Wünschen meines Vorredners bezüglich Kordernern kann ich mich nur anschließen.

Landwirtschaftsminister v. Schorlemer: Eine so wichtige Sache wie die Regelung der Verhältnisse von Kordernern läßt sich nicht von heute auf morgen erledigen. Wir wollen Kordernern als vornehm, aber auch dem Mittelstande erschwingliches Bad erhalten. Versuche, für das Bad einen Pächter zu finden, sind bisher gescheitert. Ein solcher Pächter würde viel schneller einmal eingreifen können, als der Fiskus, der immer an die Genehmigung des Parlaments gebunden ist. Allerdings würde bei einer Verpachtung der fiskalischen Gebäude der Fiskus den Betrieb des Bades selbst, namentlich die Kur- und Kellerei, wohl schwerlich aus den Händen geben, um zu verhindern, daß Kordernern ein Luxusbad Ostende werde. Eine Veränderung der Kurorte im Interesse der Familienangehörigen ist beabsichtigt.

Abg. v. d. Osten (kons.) beantragt, den Domänenfonds an die Kommission zurückzugeben. Es erregt lebhaftes Bedenken, daß dieser Fonds namentlich auch zur Abzahlung von Lasten verwendet werden soll, während bisher betriebsmäßige Forderungen vom Landtag ausdrücklich bewilligt worden seien.

Abg. Doh (Soz.): Im Interesse der inneren Kolonisation müßten viel mehr Domänen aufgeteilt werden. Man sucht aber aus politischen Gründen den Großgrundbesitz zu erhalten.

Das Haus vertagt die Weiterberatung auf Freitag, 12 Uhr.

Schluß 4 1/2 Uhr.

Deutscher Reichstag.

Stimmungsbild aus dem Reichstage.

— Berlin, 29. Januar.

Der Reichstag brachte auch heute die Generaldebatte zum Etat des Reichsamts des Innern nicht zu Ende. Wie nicht anders zu erwarten war, gab es heute eine ziemlich heftige Auseinandersetzung über die neueste Phase des Streites um die christlichen Gewerkschaften. Neben spielte die Rivalität zwischen Bauernbund und Bund der Landwirte eine Rolle. — Es besteht jedoch die erste Möglichkeit, morgen die Beratung unter allen Umständen zu Ende zu führen.

Sitzungsbericht aus dem Reichstage.

20. Sitzung, Donnerstag, den 29. Januar, 1 Uhr.
Präsident Dr. Raumpf eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 15 Min.

Der Etat des Reichsamts des Innern.

(Erster Tag.)

Abg. Hofer (kons.): Die Handelsvertragsstaaten haben wohl nicht die Absicht, die bestehenden Verträge ohne weiteres zu verlängern. Der große Aufschwung unserer Volkswirtschaft ist nicht zum wenigsten der Landwirtschaft

zu verdanken. Die Ergebnisse ihrer Ernten und ihrer Viehbestände sind in den letzten dreißig Jahren ganz erheblich gewachsen. Die Angriffe des Herrn Gothein beruhen auf falschen Voraussetzungen. Er sieht die Dinge ganz anders, als wir andern Sterblichen. An dem System der Einfuhrzölle halten wir fest. Herr Raumpf soll seine Angriffe gegen den Bund der Handwerker einmal außerhalb des Hauses wiederholen. (Zuruf links: Ist ja längst geschehen!) Der Vorstoß des Dr. Böhm gegen den Bund der Landwirte soll nur dazu dienen, das Publikum über gewisse Vorgänge in die Irre zu führen. Wenn er und der Abgeordnete Seifermann alle die Wandlungen bedenken, die sie in den letzten zwei Jahren durchgemacht haben, dann werden sie sich sagen müssen: Alles ist eitel, selbst der Bauernbund. (Heiterkeit.) Durch diese Reden werden nur die Reichsanbieter zum Zollkrieg gegen uns angereizt. Wir brauchen keine Sorge zu haben, daß uns Ausland die Saisonarbeiter sperrt. Die innere Kolonisation ist von konservativer Seite in die Wege geleitet worden. Die Linke hat sie zu einem großen Schlagwort gemacht. Der Bauernbund sollte seine Gelder nicht für Agitation ausgeben, sondern zur praktischen Kolonisation. Man lasse

auch den Konjunkturbau gegenüber Gerechtigkeit walten. Präsident Dr. Raumpf: Sie haben Dr. Böhm vorgehalten, er habe in einem Fall nicht überzeugungstreuen gesprochen. Das entspricht nicht den parlamentarischen Gewohnheiten.

Abg. Seifermann (Soz. v. Rfl.): Ich habe mich nicht gewandt, (Heiterkeit.) sondern immer dieselbe Stellung eingenommen. Ich hätte gewünscht, daß Dr. Böhm als Führer des Deutschen Bauernbundes hier gegen die Christenlichkeit gesprochen hätte. Leider hat er in seiner ganzen Rede auch nicht ein Wort gegen die Christen gesagt, sondern immer nur gegen die Rechte. (Sehr richtig! rechts. Lachen links.) Die Rechte hat aber immer die Interessen des Bauernbundes vertreten. Ich habe von Anfang an im Bauernbunde Front gemacht gegen das Vorkommen mit dem Freitum. (Hört! hört! rechts. Lachen links.) Als es im Bauernbunde immer weiter nach links ging, mußte ich austreten. Alle bürgerlichen Parteien sollten sich zum gemeinsamen Kampf gegen den inneren Feind zusammenschließen.

Abg. Dahn (Soz.) spricht gegen die Vorenahme. Das Reichsbureau verfährt nicht mit der nötigen Unparteilichkeit. Der Nachschubdienst sollte verstaatlicht werden.

Abg. Dr. Erdmann (Soz.): Ich begreife es, daß die Arbeitgeber bei der Streikbrecherbedien, aber ich verstehe nicht, warum man sie noch besonders verteidigt. Heute, die ihren eigenen Standesgenossen in den Rücken fallen, wiegen man doch sonst nicht besonders zu achten. Herr Seifermann hat wohl aber den Terrorismus der Unternehmer gesprochen, aber mit keinem Worte von dem Terrorismus der Kirche gegen das Koalitionsrecht der katholischen Arbeiter. Die christlichen Gewerkschaften wollen sich jetzt aus den Fängen Roms unter die Fittiche der preussisch-deutschen Regierung retten. Wir haben kein Vertrauen zu der Ausführung des Staatssekretärs. Die deutsche Regierung hat auf der Wiener Arbeiterkonferenz völlig versagt.

Abg. Seifermann (Str.): Von einem Terrorismus der Bischöfe gegen die katholischen Arbeiter kann keine Rede sein. (Beifall im Centrum.)

Abg. Seifermann (Soz.): Die katholischen Arbeiter haben volle Freiheit, sich derjenigen gewerkschaftlichen Organisation anzuschließen, die sie für die beste halten, die ihre wirtschaftlichen Interessen vertritt und dabei ihre religiösen Auffassungen respektiert. Diese Freiheit kann und wird niemals angetastet werden. Die

christlichen Gewerkschaften sollen die Einigkeit der Arbeiterklasse fördern und eine Spaltung in die Bewegung hineingebracht haben! (Lachen sehr richtig! b. d. Soz.) — Unruhe im Centrum.) Gerade das Gegenteil ist der Fall, die sozialdemokratische Partei, die die Gewerkschaften in ihre besondere Parteilichkeit hineinpressen wollte, hat zersetzend gewirkt und trägt die Verantwortung dafür. (Unruhe b. d. Soz.) Es gäbe keine Verpflichtung, wenn sie nicht die Gewerkschaften von jeder für ihre eigenen Zwecke mißbraucht hätte. (Unruhe und Widerspruch b. d. Soz.) Das Urteil darüber müssen Sie uns überlassen, weil wir es persönlich empfunden haben, weshalb wir von Ihnen gegangen und zu den christlichen Gewerkschaften übergegangen sind. Ich weise den Vorwurf, wir hätten freiwillig an der Arbeiterklasse gehandelt, mit aller Entschiedenheit zurück. Die Arbeiter sollen sich allen Organisationen anschließen können, nicht bloß den Ährigen.

In England halten sich die Trade Unions unabhängig und neutral. Würden sich Parteistrebungen dort in gleicher Weise bemerkbar machen, dann würde naturgemäß eine Spaltung der Organisation erfolgen. Auch Sie müssen die ständigen und religiösen Auffassungen anderer schonen, wenn Sie Ihre wirtschaftlichen Interessen vertreten wollen. Die christlichen Gewerkschaften werden

ihre Heimatskirche nicht ändern, Sie denken nicht daran. Es ist rein und glänzend. (Dr. Dahn b. d. Soz.) Nach Herrn Seifermann im Rainer Prozeß sollten die christlichen Gewerkschaften total geteilt werden. (Beifall Zustimmung in der Mitte. — Lärm b. d. Soz.) Sie haben von allen Vorwürfen gegen die Bewegung und ihre Führer auch nicht das Schwere unter dem Kugel bewiesen können. (Sehr richtig! im Centrum. — Unruhe b. d. Soz.) Es ist begreifbar, daß diese Angriffe auf die christlichen Gewerkschaften erhoben werden zu einem Zeitpunkt, da die Arbeiter alle Uneinigkeit bemerken sollten mit Rücksicht auf die Gefahren, die dem Koalitionsrecht drohen. (Beifall Zustimmung im Centrum.)

Abg. Seifermann (Str.) bringt Wünsche der Staatsarbeiter vor und verlangt eine Denkschrift über die Rechts- und Arbeitsverhältnisse der Reichs- und Staatsarbeiter.

Staatssekretär Dr. Deßloch teilt mit, daß der Bundesrat die Forderung eines Staatsarbeiterrechtes abgelehnt hat. Eine Denkschrift über die Rechts- und Arbeitsverhältnisse der Staatsarbeiter soll dem Reichstag vorgelegt werden.

Abg. Bogt-Gall (kons.): Wenn die Gemeindefürsorge soziale Lasten aufzubringen müssen, so werden die anderen Aufgaben darunter. Der Staatssekretär sollte eine Wahlmännerversammlung in Erwägung ziehen. Wenn ein so hervorragender Mann wie Gothein hier unsere Wirtschaftspolitik heruntersetzt, was soll man da von seinen Fraktionsstreben sagen, die brauchen im Lande ganz anders sprechen? Wir sind dankbar für die Verbesserung der Einfuhrzölle.

Das Haus vertagt sich.

Abg. Seifermann (Nl.) teilt mit, daß der Abgeordnete Seifermann seine heutige Rede weder im Namen noch im Auftrag der Fraktion gehalten hat. Die Fraktion hat sofort die nötigen Konsequenzen gezogen und das Hospitalitätsverhältnis mit Herrn Seifermann aufgehoben. (Beifall links. — Lachen rechts.)

Freitag ein Uhr pünktlich: Kurze Anfragen. Weiterberatung.

Danksagung.

Für die Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden unseres lieben, unvergesslichen Vaters, des

Kgl. Hegemeister

Josef Mitteldorf

sprechen wir hiermit unseren innigsten Dank aus. Besonders herzlichen Dank den Herren Forstbeamten, dem verehrten Kriegerverein und der Militärkameradschaft, den Kranz- und Blumenspendern, sowie allen denen, die unsern lieben Verstorbenen während seiner langen und schweren Krankheit liebevoll beigestanden haben.

Die trauernden Hinterbliebenen:
Geschw. Mitteldorf.

Aulhausen, den 29. Januar 1914.



Sarg-Magazin

Joseph Fink, Wiesbaden, Frankenstr. 14.
Telefon 2976.

Realgymnastische Studienanstalt Enzeum und Pensionat Marienberg in Neuß

(Schwestern vom armen Kinde Jesus).

Auskunft und Prospekt durch Die Direktorin.

Schwarze Kleidung

als Spezialität der Firma stets
in großer
Vielseitigkeit
am Lager

Bestellungen werden sofort erledigt

Telef. 6365

S. GUTTMANN

An-, Um- und Abmeldezettel
Buchhandlung der Rheinischen Postzeitung, Wiesbaden

Technische höhere Mädchenschule und Pensionat der Ursulinen Institut „St. Anna“ Königstein im Taunus.

Gebogene und allseitige Ausbildung in den wissenschaftlichen Fächern. Mit dem Pensionat ist ein Haushaltungskursus verbunden. Nähere Auskunft erteilt Die Oberin.

Hofspediteur Sr. Majestät
Großfürst, Russ. Hofspediteur
Spezialität und Möbeltransport.
Bureau: Nikolausstrasse 5.
Wiesbadener
Möbelheim

Aufbewahrung von Möbeln,
Hausat-Privatgüter Reise
gepäck, Instrumenten, Chai-
ren, Automobilen etc. etc.
Lagerungsmaschinen, son-
stigen Waren, System, Sicher-
heitskammern, vom Mieter
selbst verschlossen.

Tresor mit Stahlschrauben
für Werkzeuge, Silberkasten etc.
unter Verschluss der Mieter.
Prospekte und Bedingungen
gratis und franko. Auf Wunsch
Besichtigung einladender
Möbel etc. und Kostenvor-
anschläge.

